

P R O T O K O L L

über die 18. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 24. September 1987, im Rathaus, 1.Stock hinten,
Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER :
Heinrich Schwarz

VICEBÜRGERMEISTER:
Leopold Wippersberger
Karl Holub

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Rudolf Pimsł
Rudolf Steinmaßl
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Josef Brandstötter
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Walter Hahn
Karl Hochrathen
Mag. Gerhard Klausberger
Herbert Lang
Johann Manetsgruber
Günther Mayrhofer

Rudolf Pickl
Erna Probst
Franz Rohrauer
Gertrude Schreiberhuber
Wilhelm Spöck
Franz Steinparzer
Franz Straßer
Hubert Sturmberger
Leopold Tatzreiter
Otto Tremł
Anton Vorhauer
Alfred Wallner
Christine Wieser
Wolfgang Wieser

VOM AMT:
Magistratsdirektor OSR.
Dr. Franz Knapp
Magistratsdirektor-Stellvertreter
OSR. Mag. Johann Rabl
Kontrollamtsdirektor SR. Dr.
Peter Gottlieb-Zimmermann
Techn. Dir. TOAR. Ing. Wolfgang Wein
OAR Helmut Riedler
AR. Heinz Ruckerbauer
MR. Dr. Kurt Schmidl

PROTOKOLLFÜHRER:
OAR. Walter Radmoser
Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates (gem. § 51 Abs. 3 StS)

VerkR-3276/87	Bodenmarkierungen für den fließenden Verkehr 1987.
Bau3-3033/85	Straßenbau Lehar-Konradstraße und Ausbau der Steiner
En-971/85	Straße 3. Bauabschnitt; Errichtung der öffentlichen
	Straßenbeleuchtung.
Ha-3863/87	Österr. Kinderfreunde, Ortsgruppe Wehrgraben; Ansuchen
	um Rückerstattung der Lustbarkeitsabgabe und Saalmiete.
Ha-7521/86	ÖGJ-Jugendzentrum; außerordentliche Subvention zum An-
	kauf eines Fernsehgerätes und einer Videoanlage.
Ha-3666/87	TV Naturfreunde Steyr; außerordentliche Subvention aus
	Anlaß des 90jährigen Bestandsjubiläums.
Ha-3508/87	Schützengesellschaft Steyr; außerordentliche Subvention
	zur Durchführung von Instandsetzungsarbeiten.
Pers-598/87	VK Kurt Buchner; Parkschaden vom 10. 11. 1986; Geldaus-
	hilfe.
Wi-6869/85	Postzeugverwaltung, Postreklame Wien; Neuauflage von
	Bildpostkarten.
Bau5-2180/86	Dachgeschoßumbau Rathaus; Vergabe von Arbeiten.
GHJ2-4008/87	Liefern und Montieren der kältetechnischen Einrichtung
	für den bestehenden Getränkekühlraum im Buffet Stadtbad
	- Ersatzbeschaffung.
Ha-2449/87	Turn- und Sportunion Steyr; Gewährung einer außerordent-
	lichen Subvention zur Sanierung der Sportanlage.
GHJ1-92/87	Ankauf von Software für die Siemens-Anlage 7.530 B.
Wa-1056/65	Reinholdungsverband Steyr und Umgebung - Mitgliedsbeitrag
	1986 der Gemeinde Dietach; Restzahlung.
Ha-3417/87	Oö. Landestierschutzverein und Verein für Naturschutz;
	Gewährung einer außerordentlichen Subvention zum Ausbau
	des Tierheimes Steyr-Gleink.
Ha-4226/87	Prospekt "Industriegeschichtliche Wanderungen durch den
	Wehrgraben"; Kostenbeteiligung.
ÖAG-791/87	Problemmüllsammlung; ständige Sammelstellen - Erweite-
Müllabfuhr	rung.
ÖAG-2334/87	Problemmüllsammlung; Ankauf von Spannringfässern und
Müllabfuhr	Entsorgung.
Ha-3862/87	Verein Museum Arbeitswelt - Steyrer Sommerwerkstatt -
	Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
Ha-2139/87	Theaterklub AKKU, Gewährung einer außerordentlichen Sub-
	vention.
En-4886/87	Instandhaltung der öffentlichen Straßenbeleuchtung; zu-
	sätzliche Mittelfreigabe.

Bau6-1391/87	Aufschließung Prokosch-Gründe; Kanalisation Verlängerung NK 10 F, S 6 - S 12; Auftragserweiterung; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 2. 7. 1987.
GHJ1-599/87	Pensionistenhäuser Bergerweg 2 und 3; Einrichtung für Fitneßraum und Aufenthaltsraum.
Bau5-2180/86	Dachgeschoßumbau Rathaus; Erweiterung der Brandmelde- und der Fernsprechnebenstellen-Anlage; Installierung einer Schließanlage.
Pers-635/87	AR Ernst Fickert - Verkehrsunfall vom 16. 6. 1987 - Geld-aushilfe.
SchüI-2141/87	Schulkomplex Punzerstraße; Ankauf diverser Lehrmittel für das Unterrichtsfach Physik und Chemie.
Ha-1280/87	Genehmigung von Kreditüberschreitungen zur Instandhaltung von städtischen Objekten.
En-5389/85	Errichtung der Straßenbeleuchtung in der Wehrgrabengasse,
En-5414/86	in der Fabrikstraße, auf dem Schloßleitenweg, dem Museumssteg und im Bereich der Direktionsstraße.
ÖAG-5354/87	Lieferung eines Tauschmotors für Reparatur Lkw 0-35.172.
Städt.Wi-Hof	Kanalisation NS 5, 6, 7 und 8 in der Weinzierlstraße in Steyr- Weinzierl; Ansuchen um Vergabe von zusätzlichen
Bau6-6613/86	Arbeiten zum Ausbau der Weinzierlstraße.
GHJ2-5261/87	Ankauf von Stahlmöbeln für Standesamt, Stadtsteueramt und MA II - Amtsgebäude.

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- | | |
|-----------------|--|
| 1) Präs-756/87 | Steyr-Daimler-Puch AG, Resolution. |
| 2) Bau5-3360/86 | Sportanlage Rennbahn; Einrichtungsgegenstände für das Umkleidegebäude. |
| 3) ÖAG-410/80 | Sanierung der Schwimmschule; Zuschuß der Stadtgemeinde Steyr. |
| 4) Bau1-6438/73 | Änderung der Vergabeordnung. |

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- | | |
|------------------|--|
| 5) Wa-5450/75 | RHV Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluß 1986; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr. |
| 6) GemIX-4350/87 | Wiener Allianz Versicherungs-AG, Wien; Lohnsummensteuernachforderung für die Jahre 1981 - 1985; Stundung |
| 7) ÖAG-2203/85 | Betriebsansiedlung der Fa. Dräxlmaier - VTS Verdrahtungstechnik GesmbH - Gewerbeförderung. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

- | | |
|-----------------|---|
| 8) Bau5-3981/86 | Umbau Zentralaltersheim; Vergabe von Baumeister- und Elektroinstallationsarbeiten sowie Heizungs- und Sanitärinstallationen, Lieferung von Unterböden und Bodenbelägen; Erweiterung der Brandmeldeanlage. |
|-----------------|---|

- 9) Bau5-3981/86 Umbau Zentralaltersheim; Vergabe von Tischler-, Schlosser- und Fliesenlegerarbeiten sowie der Möbellieferung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

- 10) Bau3-1282/86 Asphaltierung der Aufschließungsstraße der Wieser-Moosbauer-Gründe und des Kronbergweges in Gleink.
- 11) Bau3-4521/87 Straßenerhaltungsprogramm 1987.
- 12) Bau3-1240/81 Ausbau der Steiner Straße und Klosterstraße; 1. Bauabschnitt - Schlußrechnung; Ergänzung zum GR-Beschluß vom 28. 3. 1985.
- 13) VerkR-4887/87 Instandhaltung von Sonderanlagen nach der Straßenverkehrsordnung
- 14) Bau3-2490/86 Neugestaltung des Parkplatzes Märzenkellerübergang, 2. Bauabschnitt; Vergabe der Arbeiten.
- 15) ÖAG-6228/86
Städt. Wi-Hof Kleintraktor; Ersatzbeschaffung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 16) Bau6-2370/87 Kanalisation Reichenschwall - Pyrach, Nebensammler Stelzhamerstraße - Nebenkanal Sarninggasse; Baumeisterarbeiten.
- 17) Bau6-1281/86 Kanalisation Wieser-Moosbauer-Gründe; Restabwicklung.
- 18) Bau6-4840/83 Kanal Feldstraße; Kanalisation Weinzierl (1. Ausbaustufe). Endabrechnung der Baukosten.
- 19) Bau2-4424/86 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 38 zur Schaffung von zwei Gebieten für Geschäftsbauten (Ennser Straße).
- 20) Bau2-6797/86 Bebauungsplan Nr. 46 - Ennser Straße - Änderung Nr. 1.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 21) ÖAG-3664/87
Stadtwerke Neuverlegung eines Trinkwasserversorgungsstranges von der Wolfernstraße bis zur Anschlußsstelle Gründbergsiedlung zur Hebung der Fließdruckverhältnisse im Siedlungsbereich.
- 22) ÖAG-2123/87
Stadtwerke Erdgasaufschließung im Bereich Taschlried sowie Neuverlegung einer Trinkwasserversorgungsleitung.
- 23) ÖAG-3750/87
Stadtwerke Neubau einer BBC-Elektro-Kremationsanlage im Krematorium Steyr und deren Finanzierung.
- 24) ÖAG-3750/87
Stadtwerke Neubau einer BBC-Elektro-Kremationsanlage im Krematorium Steyr; Baumeisterarbeiten.
- 25) ÖAG-4223/87
Stadtwerke Errichtung der Nebenkanäle Schlüsselhofsiedlung; Neuverlegung von Trink- und Gasversorgungsleitungen.
- 26) ÖAG-4481/87
Stadtwerke Austausch des Trinkwasserversorgungsstranges Fischer-gasse

- 27) ÖAG-4938/87
Stadtwerke Niederdruckgasleitung Hanuschstraße; Neuverlegung.
- 28) ÖAG-5330/87
Stadtwerke Verlegung einer Trinkwasserversorgungsleitung für den
Anschluß der Druckzone Dachsbergweg an das öffentliche
Trinkwasserversorgungsnetz Steyr - Vergabe der Leistungen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 29) GHJ2-3520/87 Firma Enerco, Steyr; Mietvertrag für die Errichtung einer Einzelraum-Temperaturregelung - VS und HS Promenade 16.
- 30) GHJ2-4181/87 Erneuerung der Zentralheizungskessel Volkshochschule Stelzhamerstraße 11.
- 31) Ha-1280/87 Instandhaltung von städtischen Objekten; Genehmigung von Kreditüberschreitungen.
- 32) ÖAG-7035/86 Abverkauf eines 177 m² großen Teilstückes aus der GP. 986/25, KG. Jägerberg (öffentliches Gut) an Kurt Preßlmayr, Schroffgasse 13, 4400 Steyr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich eröffne die heutige Sitzung des Gemeinderates und darf feststellen, daß sie ordnungsgemäß, den Statuten entsprechend einberufen wurde. Für die heutige Sitzung bitte ich die Kollegen Anton Vorhauer und Wilhelm Spöck um Übernahme der Protokollprüfung. Ich sehe, daß beide damit einverstanden sind. Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt Herr Stadtrat Sablik, Herr Stadtrat Schloßgangl und die Gemeinderäte Ramoser, Schlager und Zagler. Ich darf aber trotzdem feststellen, daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist.

Wir kommen zum nächsten Punkt, und zwar zur Behandlung von allfälligen Anfragen. Solche Anfragen liegen mir nicht vor, dieser Punkt entfällt daher.

Unter den Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich Ihnen einige aktuelle Probleme zur Kenntnis bringen und Informationen übermitteln.

Zunächst eine Mitteilung über die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in unserer Stadt und unserem Bezirk.

Ich stütze mich bei meinen Ausführungen auf die letzte Mitteilung des Arbeitsamtes Steyr, nach der die Arbeitsmarktlage im August als ruhig bezeichnet werden kann und gegenüber dem Vormonat sogar eine gewisse Verbesserung eingetreten ist. Dies wird aber leider durch die umfangreichen Kündigungen in der Metallindustrie ins Gegenteil verkehrt. Mit den umfangreichen Kündigungen in der Steyr-Daimler-Puch AG will ich mich an dieser Stelle nicht besonders befassen, weil ich dem Gemeinderat über diese Problematik abgesondert eine Resolution zur Beschlußfassung vorzulegen beabsichtige. Im gesamten hat die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im August gegenüber dem Vormonat geringfügig um 2,6 % abgenommen. Im Jahresvergleich zeigt sich aber eine leichte Zunahme um 3 % und dies ist als ein Anzeichen dafür zu werten, daß sich die Arbeitslosigkeit im Bezirk in letzter Zeit auf einem relativ hohen Stand stabilisiert hat.

In der Metallwirtschaft ist die Lage mit Ausnahme der Fahrzeugindustrie zufriedenstellend und stabil. Die Kündigungswelle der Steyr-Daimler-Puch AG wird jedoch speziell im Bereich der Metallberufe den Arbeitsmarkt sehr stark belasten. In der Bauwirtschaft ist eine gute Auslastung festzustellen.

Eine weitere Mitteilung, meine Damen und Herren, über die Hausmüllentsorgung des Bezirkes Steyr-Land. Am 10. 9. 1987 hat mit beamteten Vertretern des Amtes der Oö. Landesregierung im Nachhang zu der früher mit Landesrat Kukacka erfolgten Aussprache eine Besprechung über die Mitbenützung der Steyrer Mülldeponie durch die Gemeinden des Bezirkes Steyr-Land stattgefunden. Die Thematik wurde eingehend erörtert und zum wiederholten Male darauf hingewiesen, daß durch eine vermehrte Müllanlieferung aus fremden Gemeinden, wobei noch dazu keine Kontrolle über die Müllzusammensetzung gegeben ist, mit einer potentiellen Gefährdung des in der Nähe der Müllanlage befindlichen Grundwasservorkommens gerechnet werden muß. Zunächst wäre daher sachverständigenseits zu klären, ob eine Vergrößerung der Müllanlage aus Sicherheitsgründen überhaupt möglich ist. Wenn man diese Frage bejaht, so wären verschiedene umfangreiche Vorkehrungen erforderlich, von denen ich demonstrativ nur den Ausbau der Zufahrtsstraße zur Deponie, den zusätzlichen Ankauf von Grundflächen für die Erweiterung der Mülldeponie, die finanzielle Beteiligung bei der Errichtung der Deponieentgasung, eine teilweise Abgeltung des Grundwertes usw. erwähnen möchte. Im Gespräch wurden die zu erwartenden Gesamtkosten mit etwa 50 Mill. S beziffert. Das Gespräch wurde als Gelegenheit dafür benutzt, abermals darauf hinzuweisen, daß das Amt der Oö. Landesregierung Förderungsmittel für die Schlammpresse und die Schmalwand im ungefähren Ausmaß von 3,5 Mill. S ungerechtfertigt zurückhält. Es ist zu erwarten, daß es in der gegenständlichen Angelegenheit noch zu ergänzenden Kontaktnahmen kommen wird.

Eine kurze Mitteilung auch über die Sonderabfallbeseitigung und Errichtung einer Betriebsanlage Zurückgewinnung von Energie mittels HTV-Verfahren im Gußwerk II. Ich glaube, daß es für alle Mitglieder des Gemeinderates interessant ist, daß das von der ERG GesmbH für Energierückgewinnung angestrebte gewerbebehördliche Genehmigungsverfahren aus weiten Bevölkerungskreisen von Anfang an auf erhebliche

Widerstände gestoßen ist. Da aus dem Ansuchen und dem diesen beigelegten Plänen und Unterlagen die Absicht des Konsenswerbers nicht genau erkennbar war, wurde am 11. 8. 1987 zur Klärung des Sachverhaltes eine Augenscheinverhandlung durchgeführt. Im weiteren Verlauf wurden die Betreiber aufgefordert, die Zusammenarbeit mit dem Umweltfonds zu suchen und von dieser Seite ein Gutachten vorzulegen. Da auch Bewohner der Ortschaft Behamberg im gegenständlichen Verfahren Parteistellung angemeldet haben, wurde die Anlage vom Magistrat als grenzüberschreitend gewertet und der bezug habende Akt kompetenzmäßig der übergeordneten Gewerbebehörde, das ist der Landeshauptmann von Oberösterreich, abgetreten. Am 21. 9. 1987 fand eine Besprechung mit Projektsvertretern statt, der auch ein Sachverständiger des Umweltfonds beiwohnte. Letzterer hat die beabsichtigte Anlage als besonders wertvoll und deren Errichtung als dringend bezeichnet. Sie entspricht angeblich dem letzten Stand der Technik und stellt die thermische Behandlung von Sonderabfall die beste Lösung dar, Wasserverunreinigungen zu vermeiden.

Diese Anlage ist so konzipiert, daß eine thermische Verwertung von Abfallstoffen in Form einer Hochtemperaturvergasung erfolgen kann. Bei einer Temperatur von ca. 1600 Grad C werden die kohlenstoffhaltigen Anteile durch Reaktion in Rohgas umgewandelt. Durch die Beimengung von Koks entsteht eine Hochgasfilterung und eine unlösliche Verbindung mit Abfallstoffen. Das dabei entstehende Rohgas wird in einem Zyklon gereinigt und in den Prozeß zurückgeführt, wird dann in weiterer Folge durch eine Gasreinigung durchgeleitet und steht sodann als Heizgas zur Verfügung. Dieses Heizgas ist laut Auskunft entsprechender Fachleute schadstoffärmer als Erdgas. Jetzt kann mit diesem Gas und der Abwärme aus der Anlage Dampf erzeugt werden, der einerseits zur umweltfreundlichen Elektrizitätserzeugung gedacht ist, und andererseits könnte eine Fernwärmanlage betrieben werden. Das Granulat, das aus dem beigemischten Koks entsteht, kann sofort in der Baustoffindustrie verwendet werden und ist als harmloser Rückstand anzusehen. Die Kapazität dieser Anlage, mit 10.000 Tonnen pro Jahr, ist für den im Bereich von Steyr anfallenden Sonderabfall ausreichend. Eine größere Menge kann nicht behandelt werden. Mehr kann ich im gegenwärtigen Zeitpunkt zu dieser Frage nicht mitteilen. Der Magistrat wird die weitere Entwicklung jedenfalls im Auge behalten und alles tun, was zum Schutz der Steyrer Bevölkerung erforderlich erscheint.

Ich bitte Sie um Kenntnisnahme dieser Mitteilung. Wir sind in diesem Zusammenhang, darauf möchte ich hinweisen, äußerst skeptisch, weil es sich um ein Pilotprojekt handelt und weil wir alles tun müssen, daß Beeinträchtigungen der Bevölkerung gerade in einem Bereich, wo eine große Menschenanzahl wohnt - ich denke da an den Bereich Münichholz, um eine Belästigung oder Beeinträchtigung der Bevölkerung zu vermeiden. Ich darf Ihnen versichern, daß wir hier unsere Aufgabenstellung sehr vorsichtig wahrnehmen werden.

Eine weitere Mitteilung. Der Gemeinderat hat sich ja mehrmals mit der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf beschäftigt. Hier darf ich Ihnen mitteilen, daß am 29. 5. 1987 an den Bundeskanzler eine schriftliche Anfrage gerichtet wurde, welche Veranlassungen bisher im Gegenstand getroffen wurden. Ich habe dabei auf die von den Obmännern aller im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen politischen Parteien beschlossene Resolution, die sich gegen die Errichtung der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf ausspricht, Bezug genommen. Als Antwort dazu ist ein Brief des Bundeskanzlers vom 28. 7. 1987 eingelangt, aus dem hervorgeht, daß mit der Bundesrepublik intensive Verhandlungen im Gange sind, eine mögliche Gefährdung der österreichischen Bevölkerung durch derartige Betriebsanlagen zu verhindern. Dabei wird besonders auf die Berücksichtigung der durch den Reaktorunfall in Tschernobyl gewonnenen neuen Erkenntnisse hingearbeitet. Der Bundeskanzler rechnet nach seinem Schreiben mit einem baldigen Abschluß dieser Verhandlungen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe noch eine Mitteilung. Im Zuge der generellen Notwendigkeit des Einsparens öffentlicher Mittel wurde auch mehr-

mals die Behandlung der Politikerbezüge erörtert. Aus Folge 38 der Amtlichen Linzer Zeitung vom 17. 9. 1987 kann ich entnehmen, daß über Antrag von Landeshauptmann Dr. Ratzenböck und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Grünner die Oö. Landesregierung in ihrer Sitzung am 14. 9. 1987 einstimmig beschlossen hat, die Politikerbezüge im Jahre 1988 nicht zu erhöhen. Damit ist indirekt festgelegt, daß auch die Bezüge der politischen Mandatäre in Steyr im Jahre 1988 keine Erhöhung erfahren werden, weil deren Bezüge nach der Bezügeordnung verschiedene Prozentsätze der jeweiligen Entschädigung des Landeshauptmannes bzw. der jeweiligen Funktionsbezüge des Bürgermeisters ausmachen. Ich bitte auch um Kenntnisnahme dieser Mitteilung. Wir kommen damit zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS. Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei. Ich bitte um Kenntnisnahme. Damit kommen wir zu den Verhandlungsgegenständen und hier darf ich Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes bitten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Herrn Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, eine überaus kritische und äußerst bedenkliche Lage des größten Betriebes in unserer Stadt veranlaßt mich, Ihnen eine Resolution vorzulegen, in der die Besorgnis unseres Gemeinderates über diese Entwicklung zum Ausdruck gebracht wird. Ich glaube, wir sollten alle Möglichkeiten wahrnehmen, um hier vor dieser kritischen Situation entsprechend zu warnen. Wir alle wissen, wie sehr die Steyr-Daimler-Puch AG für unsere Stadt, für unsere gesamte Region von wirtschaftlicher Bedeutung ist und wir alle wissen, daß alle wirtschaftlichen Probleme und negativen Entwicklungen, die sich in diesem Werk ergeben, sich auf die gesamte Wirtschaft der Stadt auswirken. Wir alle haben Grund zur äußersten Sorge in diesem Zusammenhang. Ich darf hier sowohl den Amtsbericht als auch die Resolution entsprechend zum Vortrag bringen und möchte Sie jetzt schon bitten, diesem meinem Antrag die Zustimmung zu geben.

Meine Damen und Herren, seit ihrem Bestehen - ich habe das heute schon einmal erwähnt, ist die Steyr-Daimler-Puch AG der dominierende Wirtschaftsbetrieb in der Stadt Steyr und deren Umlandregion. Dies hat zur Folge, daß das Schicksal der Stadt Steyr auf Gedeih und Verderben mit der wirtschaftlichen Situation der Steyr-Daimler-Puch AG verbunden ist. Das Unternehmen hat seit längerer Zeit mit tiefgreifenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die von der Unternehmensleitung und der Creditanstalt-Bankverein als Eigentümervertreterin mit dem Ziele von Strukturverbesserungen getroffenen Maßnahmen lassen bisher leider keinen Aufwärtstrend erkennen; vielmehr ist schon nach erfolgten Personalreduzierungen, längerfristig angeordneter Kurzarbeit im Nutzfahrzeugbereich, der in Steyr und St. Valentin angesiedelt ist, abermals mit der Kündigung von ca. 1.000 Mitarbeitern zu rechnen. Begründet wird diese Maßnahme von der Unternehmensleitung mit Überkapazitäten und überhöhten Fertigungskosten gegenüber der Konkurrenz. Diese Meldung ist für die Stadtverwaltung aus zwei schwerwiegenden Gründen bestürzend. Zum einen ist der Verlust des Arbeitsplatzes für jeden Betroffenen tragisch, da die Region Steyr kaum freie Arbeitsplätze anzubieten hat. Zum anderen hat der geplante Personalabbau für die gesamte Wirtschaft der Stadt infolge des Kaufkraftverlustes und für den Gemeindehaushalt infolge rückläufiger Steuereinnahmen drückende Folgen.

Obwohl mit Hilfe des Bundes und des Landes Oberösterreich seit dem Ende der Siebziger Jahre in Steyr rund 2.500 neue Arbeitsplätze in Steyr etabliert wurden, hat sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt laufend verschlechtert, so daß der

Arbeitsmarktbezirk gegenwärtig mit 5,7 % die höchste Arbeitslosenrate des Bundeslandes Oberösterreich aufweist (Linz 4,5 %, Steyr 5,7 %, Wels 5 %, Braunau 3,5 %, Gmunden 3,1 %, Kirchdorf 3,9 %, Perg 2,9 %, Ried 2,8 %, Rohrbach 2,8 %, Schärding 3 %, Vöcklabruck 2,8 %; die Arbeitslosenrate von ganz Oberösterreich beträgt 3,8 %). Laut jüngsten Erhebungen beträgt der Stellenandrang rund 8,5 Arbeitsuchende auf eine offene Stelle. Bestimmt wurde diese Entwicklung weitgehend durch die laufenden Personalreduzierungen im Bereich der Steyr-Daimler-Puch AG, wo sich im Standort Steyr der Belegschaftsstand im vergleichbaren Zeitraum um rund 4.500 Mitarbeiter verringert hat.

Dazu möchte ich anführen, ich habe schon darauf hingewiesen, daß wir sehr froh darüber sind, daß wir neue Betriebe nach Steyr bekommen haben, daß aber die Arbeitsplätze in diesen neuen Betrieben bei weitem nicht das Manko ausmachen, was die Reduzierung in unserem größten Betrieb betrifft. Wir haben also seit Beginn der 80iger Jahre in unserem Bereich einen Abgang von rund 2000 Arbeitsplätzen zu verzeichnen.

Unter dem Eindruck geschichtlicher Erfahrungen - die Stadt war in der Zwischenkriegszeit wirtschaftliches Notstandsgebiet - muß die Stadt Steyr an die Verantwortlichen im Staat und Land einen öffentlichen Hilferuf erheben. Es ist einerseits notwendig, dem Unternehmen zur Bewältigung seiner Probleme die größtmögliche Unterstützung zu gewähren, andererseits sollten der Stadt und ihren Bürgern alternativ Einnahme- und Beschäftigungsmöglichkeiten geboten werden. Dazu gehört vornehmlich die Förderung von weiteren Betriebsansiedlungen im Stadtbereich, weil die Stadt selbst über keine eigenen geeigneten Grundreserven verfügt, sollte sich die Steyr-Daimler-Puch AG bereitfinden, für die vorbezeichneten Zwecke das sogenannte Reihofferareal im ungefähren Ausmaß von 50.000 m² zu akzeptablen Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Bund und Land müßten diese Grundtransaktionen unterstützen.

Eine weitere sehr wichtige Maßnahme besteht in der Verbesserung des verkehrsmäßigen Anschlusses von Steyr an den oberösterreichischen Zentralraum. Vor allem die im Osten der Stadt erfolgten neuen Industrieansiedlungen erfordern einen günstigen Autobahnanschluß und den Ausbau der sogenannten Nordspange mit einer weiteren Überbrückung des Ennsflusses.

Unbeschadet der Tatsache, daß anläßlich der kürzlich stattgefundenen Veranstaltung "Zukunftswerkstätte der SPÖ in der Stadt Steyr" ein diesbezüglicher Problemerkatalog an den Bundeskanzler, die Bundesminister Dallingier und Blecha, Staatssekretär Dohnal, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Grüner sowie Arbeiterkammerpräsident Freyschlag mit der dringenden Bitte um Unterstützung überreicht wurde, erscheint es erforderlich, mit einer Resolution des gesamten Gemeinderates auf die wirtschaftliche Notsituation der Stadt Steyr und die zu deren Beseitigung dringend erforderlichen Abhilfemaßnahmen besonders hinzuweisen.

Es ergeht daher mein Antrag an den Gemeinderat:

1) Präs-756/87

Steyr-Daimler-Puch AG;
Resolution.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Unter dem Eindruck geschichtlicher Erfahrungen - die Stadt war in der Zwischenkriegszeit wirtschaftliches Notstandsgebiet - muß die Stadt Steyr an die Verantwortlichen im Staat und Land einen öffentlichen Hilferuf erheben. Es ist einerseits notwendig, der Steyr-Daimler-Puch AG zur Bewältigung ihrer Probleme die größtmögliche Unterstützung zu gewähren, andererseits sollten der Stadt und ihren Bürgern alternativ Einnahme- und Beschäftigungsmöglichkeiten geboten werden.

Der Bund, die Creditanstalt-Bankverein als Eigentümerversprecherin der Steyr-Daimler-Puch AG und das Land werden dringend aufgefordert, der Steyr-Daimler-Puch AG als dominierendes Wirtschaftsunternehmen der Stadt zur Bewältigung der vorhandenen Strukturprobleme die erforderlichen Finanzzuweisungen zu gewähren. Gegen eine Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Steyr-Daimler-Puch AG allein

zu Lasten der Arbeitnehmer wird energisch Protest erhoben. Aus der Sicht der Stadt ist es unbedingt notwendig, den Aufsichtsratsbeschuß vom 17. 9. 1987, mit dem umfangreiche Kündigungen und die Reduzierung sozialer Errungenschaften festgelegt wurden, aufzuheben und entsprechend abzuändern. Das Unternehmen wird deshalb aufgefordert, seine Strategie grundlegend zu ändern und endlich taugliche innerbetriebliche Maßnahmen zu setzen.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr fordert mit Nachdruck die weitere ungeschmäler- te Existenz der Steyr-Daimler-Puch AG und die damit verbundene Erhaltung von Arbeitsplätzen. Er geht davon aus, daß mit dem wirtschaftlichen Schicksal des Unternehmens wesentliche Auswirkungen auch auf den gesamten übrigen Wirtschafts- bereich verbunden sind.

Ferner wird verlangt, daß der Stadt Steyr für beabsichtigte Betriebsansiedlungen zum Ankauf des sogenannten Reihofferareals, das gegenwärtig noch im Eigentum der Steyr-Daimler-Puch AG steht, von Bund und Land eine ausreichende finanzielle Un- terstützung in Höhe von je einem Drittel des zu erwartenden Kaufpreises gewährt wird.

Schließlich wird zum wiederholten Male auf die dringende Notwendigkeit der Her- stellung einer leistungsfähigen Straßen- und Bahnverbindung von Steyr an den ober- österreichischen Zentralraum und die Autobahn sowie die Errichtung der sogenann- ten Nordspange mit einem weiteren Übergang über den Ennsfluß hingewiesen. Mit den entsprechenden Straßenbaumaßnahmen muß ohne weiteren Verzug begonnen werden.

Diese Resolution ist der Bundesregierung, zu Händen des Herrn Bundeskanzlers, der Oberösterreichischen Landesregierung, zu Händen des Herrn Landeshauptmannes Dr. Ratzenböck und Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Grüner sowie der Creditanstalt-Bankverein, zu Händen des Herrn Generaldirektors Dr. Androsch, zu übermitteln.

Zur Vorgangsweise darf ich noch anführen, daß in diesem Zusammenhang eine Frak- tionsobmännerbesprechung vergangenen Montag stattgefunden hat. Wir sind zur Auffassung gekommen, daß diese Resolution persön- lich überreicht werden sollte. Wir haben deswegen bereits Kontakte mit dem Bun- deskanzleramt aufgenommen. Bundeskanzler Dr. Vranitzky ist leider derzeit im Aus- land, es ist daher ein persönlicher Kontakt mit ihm nicht möglich und er reist nach seiner Rückkehr sofort wieder in das Ausland. Ich glaube daher, daß es not- wendig ist, diese Resolution zunächst in dieser Form vorzulegen. Ich kann mir vorstellen, daß Repräsentanten der Stadt in der Folge das Entsprechende vor- bringen, auch mündlich, zu einem geeigneten Zeitpunkt. Ich finde das richtig. Ich finde es nicht richtig, daß mit der Überreichung der Resolution so lange zu- gewartet wird, bis der Herr Bundeskanzler wieder in Österreich ist. Das würde, glaube ich, von der Bevölkerung nicht verstanden.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, über diesen meinen Antrag die Diskussion abzuführen und bitte Sie jetzt schon um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke dem Bürgermeister für seine Ausführungen. Als erster Redner hat sich dazu Herr Stadtrat Pimsl gemeldet.

Gemeinderat Mag. Gerhard Klausberger erscheint um 14.25 Uhr.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Sehr geehrtes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Die nun von Herrn Bürgermeister vorgelegte Resolution veranlaßt mich, namens der sozialistischen Fraktion im Gemeinderat, aber vor allem als gewählter Vertre- ter der tausenden Mitarbeiter der Steyr- Daimler-Puch AG, mich dazu zu äußern.

Die Entwicklung der Steyr-Daimler-Puch AG war in den letzten Jahren , aber vor allem in diesem Jahr, mehrfach Gegenstand von Diskussionen und Berichten im Gemeinderat. Wir hatten sowohl Gelegenheit, von der Sicht des Unternehmens durch den Vorstand den aktuellen Stand des Unternehmens zu erfahren. Man konnte aus dem Munde der Beschäftigten und ihrer Vertreter die Bestätigung oder die abweichende Meinung der Aussagen der Firmenvertreter zur Kenntnis zu nehmen, und sich danach richten. Die derzeitige Situation ist so, daß diese Resolution nur mehr einen kleinen Teil jener Maßnahmen vervollständigt, die von der Belegschaft, durch ihre Interessensvertretung, durch die Kammern, bereits eingeleitet wurden und nunmehr durch diesen Inhalt eine weitere Verschärfung der tatsächlichen Vorgangsweise aufzeigt. Eine Verschärfung für die betroffene Arbeiterschaft, eine Verschärfung für die Zukunft der Stadt. Die mehr als 1000 Kündigungen, die heute und in den nächsten Tagen den Betriebsräten überreicht werden, sind bereits der erste Ausdruck des Zustandes unseres Unternehmens und die weiteren Maßnahmen, die zur Gesundung, wie es unsere Unternehmensleitung und der Eigentümer aussprechen, sind Maßnahmen, die schwere wirtschaftliche Eingriffe für die Stadt, die angrenzenden Gemeinden, aber vor allem für die unmittelbar Betroffenen ergeben.

Ich darf zur Erinnerung nochmals zusammenfassend erklären: Die Steyr-Daimler-Puch AG in Steyr sieht seine Zukunft dadurch insbesondere gefährdet, daß einerseits der Lkw, zweitens das Wälzlagerwerk und drittens der Traktor jene Bereiche sind, die durch verschiedene Ereignisse am meisten gefährdet sind. Das veranlaßt die Unternehmensleitung, Maßnahmen zu setzen zur Kostenreduzierung, Maßnahmen zu setzen, um sich jener Mitarbeiter zu entledigen, die sie für nicht mehr notwendig für die weitere Produktion dieser Produkte benötigt. Es ist eine reine Defensivstrategie, die davon ausgeht, daß nach einer Gesundungsphase von mehreren Jahren auf einer Stückzahl sich die Produktion einpendelt, die nicht mehr unterschritten werden kann, aber auch kaum Möglichkeiten und Hoffnungen bietet, größere wieder jemals zu erreichen. Das heißt, es wird sich sowohl die Stadt wie auch die Gesellschaft auf einen Beschäftigten- und Umsatzstand einzurichten haben, der diesen Gegebenheiten entspricht. Es ist Vergangenheit, Kolleginnen und Kollegen, daß in den Steyrer Betrieben der Steyr-Daimler-Puch AG mehr als 10.000 Menschen Beschäftigung finden. Die Zukunft geht davon aus, daß bestensfalls etwa 4.000 Mitarbeiter dort Arbeit haben werden. Das zeigt mit aller Deutlichkeit auf, daß die Stadt mit ihrer Wirtschaftsförderung, die sie seit Jahren betreibt, diese Entwicklung sehr wohl realistisch eingeschätzt hat und mit dieser Wirtschaftsförderung das Arbeitsplatzangebot in Steyr sehr wohl mit verbessert hat. Es reicht nur nicht aus. Es ist so, daß die Auswirkungen der Maßnahmen der Geschäftsleitung des Unternehmens die Stadt noch mehr treffen, weil es ihr auch damit unmöglich gemacht wird, weitere Förderungen durch die entfallenden Einnahmen zu geben. Ein Kreislauf, der sich sicherlich in den Wirtschaftsdaten der nächsten Zeit niederschlagen wird.

Wenn man weiß, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, daß die Produkte, die wir in Steyr erzeugen, gerade in den letzten Tagen und Wochen vor allem bei der internationalen Automobilausstellung in Frankfurt und bei Vergleichstests mit Fahrzeugen anderer Firmen hervorragende Ergebnisse erzielt haben, daß der neue Mittelklasse-Lkw, daß unser neuer verbesserter Schwer-Lkw mit hervorragenden technischen und sonstigen Vergleichswerten mit der Konkurrenz und Noten aufwartet, dann erscheint es klar, daß alle jene, die vor allem noch an ein gutes Produkt glauben, das auch am Markt veräußerbar ist, ihre Zweifel an der Firmenpolitik haben müssen. Ich glaube, meine Damen und Herren, es wird nicht alleine genügen, daß die Beschäftigten, ihre Sprecher und auch die Stadt, mit dieser Resolution, so notwendig sie ist und sie unterstützt werden muß - ich bin überzeugt, alle Fraktionen im Gemeinderat werden diese unterstützen - daß durch persönlichen Einsatz auf allen Ebenen in der Wirtschaft, von der Regierung beginnend bis zum Eigentümer, und natürlich auch den Verantwortlichen des Unternehmens Möglichkeiten aufgezeigt und auch durchgeführt werden, die den Bestand nicht nur sichern,

sondern alle jene Maßnahmen mildern, die unmittelbar bevorstehen. Es bleibt nur, und das ist das Betrübliche an all dem, was wir vorhaben und getan haben, kaum mehr Zeit, das zu tun, was notwendig ist, weil es nicht nur fünf vor zwölf ist, wie es aussieht, sondern bereits fünf nach zwölf.

Meine Damen und Herren, was das für Steyr bedeutet, brauche ich Ihnen im einzelnen nicht mehr schildern, weil aus eigener Wahrnehmung, aus eigener Erfahrung und aus der Geschichte heraus die Stadt und die Betriebe der Stadt in diesem Zusammenhang wissen, und erkennen, wie eng diese Gemeinsamkeit tatsächlich ist und wie untrennbar die Stadt und die Steyr-Daimler-Puch AG seit ihrem Bestand im Grunde genommen verbunden sind.

Versuchen wir gemeinsam, nochmals einen Anlauf zu nehmen, um eine Verbesserung und vor allem Sicherung des Bestandes der Steyr-Daimler-Puch AG in Steyr zu erreichen. Wir wissen, und das sei auch hier gesagt, weil immer wieder von außen her die fälschliche Meinung auftritt, die Belegschaft und ihre Vertretung sei nicht bereit, ihren Anteil an diesem schwierigen Unterfangen zu leisten. Ich kann Ihnen versichern, meine Damen und Herren, daß die Belegschaft, ob Arbeiter, ob Angestellter, viel zu sehr um die Bedeutung eines Arbeitsplatzes Bescheid weiß, um sich leichtsinnigerweise über gewisse Notwendigkeiten hinwegzusetzen. Im Gegenteil, all das, was wir bisher in intensiven, in langen und sich ständig wiederholenden Gesprächen mit der Unternehmensleitung, mit dem Eigentümer, an Leistungen der Belegschaft vorgebracht haben und bereit waren zu geben, wurde als nicht ausreichend hingestellt. Das sind gewaltige Brocken und das sind beträchtliche Summen. Selbst das, geschätzte Damen und Herren, würde nicht ausreichen, um dieses Unternehmen von seinen finanziellen Erfordernissen her zu sanieren.

Es muß dabei auch und das ist Inhalt dieses Sanierungskonzeptes von der finanziellen Seite her, es muß auch die Unternehmensleitung selbst dazu beitragen, Mittel aufzutreiben, um die finanziellen Erfordernisse erfüllen zu können. Aber selbst das ist gegenwärtig nicht mehr genug.

Es muß, und da verschweigt sich der Eigentümer eisern, auch der Eigentümer, der jahrzehntelang Nutznießer einer Unternehmerpolitik war, die sehr satte Gewinne ergeben hat, auch seinen Beitrag dazu leisten, um dieses Unternehmen für die Zukunft wieder zu sichern. Und vor allem Arbeit den Menschen zu geben, und nicht nur für wenige hundert, sondern für so viele, wie nur möglich. Davon muß man ausgehen und das ist auch die Aufgabe der Öffentlichkeit, darauf einzuwirken, nicht nur einen kleinen Handelsbetrieb aus der Steyr-Daimler-Puch AG zu machen, sondern das zu erhalten, was sie aufgrund ihres Könnens, ihrer Leistung in der Lage sind und auch tatsächlich, wie wir aus den Testergebnissen bestätigt finden, am Markt veräußerbar ist. Sicherlich nicht immer zu jenen Bedingungen, die wir uns wünschen würden.

Darüber wird es nach wie vor intensive Gespräche und Untersuchungen und Einsparungen geben. Sie können nur nicht einen Betrieb auf dem Rücken der Mitarbeiter sanieren. Sanieren können sie ein Unternehmen, indem sie ihm eine Führung verpassen, die auch dazu in der Lage ist das zu tun, was andere jeden Tag machen, erfolgreich am Markt zu verkaufen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Pimsl für seinen Beitrag. Nächster ist Vizebürgermeister Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich glaube, jeder von uns in diesem Saal wünscht sich eigentlich, daß unter solchen Voraussetzungen eine Stellungnahme gar nicht sein müßte, weil keiner von uns im entferntesten darandenkt, die Zustände, die herrschen, gutzuheißen.

Aber keiner von uns ist auch in der Lage zu sagen, was können wir als Kollegialorgan mehr tun, als ganz deutlich das zu tun, was die Bürger von uns verlangen, nämlich das gemeinsame Anliegen aller Steyrerinnen und Steyrer - Selbständige,

Unselbständige, Arbeiter, Angestellte- den Personalmaßnahmen in der Steyr-Daimler-Puch AG den deutlichen Kommentar des Unverständnisses auszudrücken und den deutlichen Unwillen des Gemeinderates auszudrücken mit der jedenfalls eigentümlichen Einstellung des Eigentümers. Jeder in unserer Stadt und darüber hinaus wird sich weigern zu verstehen, daß man einem Gewerbetreibenden mit der gleichen Großzügigkeit gegenüberträte, der sozusagen die Gewinne der vergangenen Jahre verjuxt hat und in schlechten Zeiten seine Mitarbeiter ins Grüne setzt, selbst aber aus dem verjuxten oder aus dem aus dem Betrieb gezogenen Gewinn keinen Zuschuß in seinen Betrieb leisten würde. Das würde niemand verstehen. Haargenau aber das passiert zur Zeit durch die Eigentümerin, die Mehrheitseigentümerin, die Creditanstalt Bankverein. Es ist völlig unverständlich, was da passiert. Und es ist undenkbar in einer freien Wirtschaft, daß dieser Mißbrauch kritiklos zur Kenntnis genommen wird. Das hat überhaupt nichts mit einer parteipolitischen Grundeinstellung zu tun, sondern widerspiegelt das Unbehagen jedes einzelnen unserer Bürger und nicht nur das Unbehagen, sondern auch die Empörung.

Liebe Freunde ich glaube, diese Empörung teilen wir alle. Wir alle teilen vermutlich die Überzeugung, daß die Fehler, die zur heutigen Situation geführt haben, nicht heute passiert sind, vermutlich auch nicht gestern passiert sind, sondern daß es eine Kette von - ich glaube, ich kann es so nennen - von unternehmerischen Fehlentscheidungen und Eigentümer Fehlentscheidungen gegeben hat, die sich bis zur Eskalation von heute sich hinaufgesteigert haben. Wenn es nicht um so viele hunderte Menschen ginge, könnte man sich mit einem Aburteil der Unternehmer begnügen. Nur ist es halt nicht so. Betroffen ist jeder Steyrer, ist jede Steyrerin. So wie Du, Herr Bürgermeister, heute mittag bei den Gesprächen mit den hochgradigen Juristen aus dem Ausland in der Tischrede gesagt hast, fast jede Familie hat unmittelbar Betroffene, weil es Werksangehörige sind. Aber wer schon das nicht hat, der ist zumindest indirekt betroffen durch die sinkende Wirtschaftskraft.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, vor zwei Jahren habe ich mit einem deutschen Unternehmen eine Wirtschaftsanalyse über den Raum Steyr im dienstlichen Auftrag gemacht. Ich kann keine Detaildaten bringen, weil das dienstliches Gedanken- gut ist, ich kann aber sehr wohl sagen, daß diese Wirtschaftsraumprüfer - also nicht Unternehmensprüfer in dem Sinn, sondern Wirtschaftsraumprüfer - gesagt haben, sie sind schon in viele Regionen gekommen, hätten aber selten eine Gegend gefunden, die so vor latenter Wirtschaftskraft strotzt wie unsere Gegend. Innerhalb von zwei Jahren ist es so weit, daß wir in jeder Zeitung der Erde als die Krisenregion geschildert werden müssen. Das ändert nichts daran, daß diese latente Wirtschaftskraft an sich vorhanden wäre, aber das größte, beherrschende Unternehmen in unserer Stadt, strahlt einfach über alles andere hinweg. Da können sich die Gewerbebetriebe, da können sich die Dienstleistungsbetriebe, da können sich die Arbeiter und Angestellten in- und außerhalb des Werkes bemühen mit Eifer, Kraft und Können wie sie wollen. Dieser negative Aspekt, dieses negative Blitzlicht das leuchtet darüber, so daß jeder andere Glanz verblassen muß.

Das, meine Damen und Herren, ist wirklich Anlaß zur Sorge. Wie sollen wir uns denn bemühen, neue Unternehmungen herzubringen, wenn die Region im Pessimismus zu ertrinken droht. Wie sollen wir denn nur irgendeinen Investor davon überzeugen, daß das Arbeitskräftepotential, das bei uns vorhanden ist, leider jetzt überreichlich vorhanden ist, in einer überaus guten Qualität vorhanden ist- mit Bereitschaft, sich zu engagieren, vorhanden ist - heranzuziehen sein kann in einer Gegend, die einen unangenehmen Beigeschmack hat. Wir müssen nicht nur schärfstens protestieren gegen das, was hier passiert ist. Wir müssen ganz deutlich sagen, daß der Eigentümer sein Eigentum mißbraucht, daß er seinen Pflichten eindeutig nicht nachkommt. Er verschweigt sich nicht, er entschlägt sich seiner Pflicht. Verschweigen ist sehr harmlos ausgedrückt, ich sehe schon ein, daß man das als Mitarbeiter in einem Betrieb, der zittert, sehr schwer sagen kann. Ich stehe nicht an zu sagen, Kolleginnen und Kollegen, die ihr Betriebsräte seid in den Steyr-Werken, daß ich mit Euch

jetzt nicht tauschen möchte. Durchaus nicht, denn Ihr könnt überhaupt nichts tun, was richtig wäre. Stimmt Ihr den Kündigungen zu aus rein finanztechnischen Gründen, dann verstehen Euch die Mitarbeiter nicht, stimmt Ihr dem nicht zu, so versteht Euch das Unternehmen nicht. Das ist eine Situation, in die ich nicht hineingeraten möchte und ich muß ehrlich sagen, nicht nur die Mitarbeiter in der Steyr-Daimler-Puch AG tun mir leid, auch die Personalvertreter. Auch wenn ich weiß, daß die nicht alle meiner Farbe sind, sondern mehrheitlich einer anderen Partei angehören. Aber ich sage ausdrücklich, in dieser Situation bin ich nicht bereit, Parteienstreit in die Situation hineinzubringen und ich bin auch nicht bereit, meine Damen und Herren, liebe Freunde, irgend welche Maßnahmen zu setzen, die danach ausschauen könnten, daß man politisches Kapital ziehen will. Dazu ist die Zeit nicht, dazu ist das Problem zu ernst und dafür geht es bitte um unsere Mitbürger. Daher könnt Ihr versichert sein, daß wir von der Österr. Volkspartei in voller Solidarität mit den Steyrerinnen und Steyrern, aber auch mit den Mitarbeitern der Steyr-Daimler-Puch AG diese Resolution mitbeschließen werden, wenn wir auch vielleicht über die eine oder andere Viertelsatzformulierung diskutieren sollte. Das Ganze ist viel zu ernst, daher erfolgt auch diese Diskussion. Namens meiner Fraktion erfolgt die einhellige Zustimmung und auch die Bereitschaft, bei weiteren Maßnahmen mitzutragen.

Ich wünsche den Mitarbeitern in der Steyr-Daimler-Puch AG viel Kraft, und wie ich es heuer schon einmal machen mußte, auch viel Solidarität und viel inneren Zusammenhalt und auch viel Verständnis dafür, wenn die Personalvertreter auch darüber diskutieren müssen, daß man Gewohntes möglicherweise entbehren wird müssen, unter der Devise, daß der Arbeitsplatz bleibt.

Ich beende meine Stellungnahme in der Hoffnung, daß wir die Hoffnung in unsere Region nicht aufgeben, weile eine Region, die keine Hoffnung mehr hätte, sicherlich nicht erstrebenswert ist. All dem Negativen zum Trotz möchte ich dennoch sagen - Glück auf!

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Holub für seinen Beitrag. Nächster ist Kollege Treml, bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Vor ungefähr 15 Monaten, ich glaube es war genau am 1. Juli des Vorjahres, nach einem kurzen Gastspiel des heutigen Ministers Streicher als Generaldirektor in den Steyr-Werken, wurde der ehemalige Vorstands-Vorsitzende der westdeutschen MAN, Otto Voisard, für fünf Jahre zum Generaldirektor von Steyr-Daimler-Puch AG von CA-Direktor Hannes Androsch berufen. Sein Unternehmerziel stellte er damals der Öffentlichkeit vor und auch hier dem Gemeinderat. Und zwar so: für Steyr-Daimler-Puch gibt es grundsätzlich kein anderes Problem als in der gesamten europäischen Industrie für langlebige Konsumgüter. Große Kapazitäten sagte er, hohe Kosten und scharf umkämpfte Märkte kennzeichnen heute die Situation in den Industrieländern, die man nur durch eine tiefere Durchdringung der eigenen Märkte, die Erschließung neuer Märkte und die Schaffung neuer Produkte bewältigen kann.

Nun, meine Damen und Herren des Gemeinderates, nach 15monatiger Tätigkeit muß man feststellen, es erfolgte keine Durchdringung der eigenen Märkte, keine Erschließung neuer Märkte und keine neuen Produkte. Er sagte bereits damals, wenn dies nicht gelingt, bleibe nichts anderes übrig, als die Kapazitäten an das verkaufbare Volumen anzupassen. Die Herren des Vorstandes mit Generaldirektor Otto Voisard an der Spitze sowie auch der Eigentümervertreter, CA-Generaldirektor Androsch, machen es sich leicht und gehen, wie wir sehen und wie auch das geänderte Unternehmerkonzept 90 zeigt, den leichteren Weg, nämlich den Weg der Kapazitätsanpassung. Mit anderen Worten heißt dies bei uns, erstens die Reduzierung des Belegschaftsstandes durch laufende Kündigungen bis zu 25 Prozent. Das heißt, jeder 4. Arbeitsplatz wird wegrationalisiert und zweitens Abbau der vor vielen Jahren erkämpften sozialen Errungenschaften durch, wie wir wissen, hier in Steyr mit Kurzarbeit verbunden, mit Lohn- und Gehaltskürzungen. Drittens Anhebung der Produktivität, wie er auch damals sagte, von 20 - 25 Prozent durch die verbleiben-

den Arbeiter und Angestellten.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, als Sprecher der kommunistischen Partei habe ich ja bereits anlässlich der letzten Gemeinderatsitzung am 2. Juli auf die außerordentlich schwierige Situation und die damit geplante Massenkündigung hingewiesen und die Behandlung dieser Problematik in einer Gemeinderatsitzung verlangt. Die heute zu beschließende Resolution, die von unserem Bürgermeister Heinrich Schwarz vorgetragen wurde, soll die ernste Besorgnis des gesamten Gemeinderates von Steyr zum Ausdruck geben. Der Aufsichtsrat von Steyr-Daimler-Puch AG hat ja am 17. September in Abänderung des Unternehmerkonzepts 90 ein Arbeitsplatzvernichtungs- und Sozialabbaukonzept ungeheuerlichen Ausmaßes beschlossen. Wie bekannt, wurde dieses Konzept ja auch von den Belegschaftsvertretern im Aufsichtsrat, darunter auch der Steyrer Gemeinderäte, an der Spitze Kollege Rudolf Pimsl und Kollege Leopold Tatzreiter, und ebenso auch vom Zentralbetriebsratsvorsitzenden Hermann Leithenmayr, entschieden abgelehnt.

Der gesamte Steyrer Gemeinderat muß sich nach meiner Auffassung mit ganzer Kraft solidarisch hinter die Belegschaftsvertreter und die Steyrer Arbeiter und Angestellten stellen. Mit der zur Beschlußfassung vorgelegten Resolution protestiert der Gemeinderat der Stadt Steyr gegen die neuerliche Kündigungswelle, von der über 1.000 Kolleginnen und Kollegen erfaßt werden sollen sowie gegen den massiven Abbau sozialer Errungenschaften. Empörung und Verzweiflung greifen unter den Betroffenen um sich. Umso unverständlicher ist die passive Haltung der Gewerkschaftsführung. Durch ihr Schweigen und durch die Unterlassung ihrer Solidarität untergräbt sie den Kampf der Betroffenen um ihre Existenz.

Als Gemeinde- und auch als Betriebsräte müssen wir uns bewußt sein, daß ohne eine aktive Einschaltung der Gewerkschaft im Interesse ihrer Mitglieder unsere Positionen im Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze und soziale Sicherheit in der Stadt und in der Region auf schwankendem Boden stehen. Als langjähriges Gewerkschaftsmitglied und auch als Gemeinderat appelliere ich daher von diesem Platz aus an die Führung des österreichischen Gewerkschaftsbundes, endlich ihren Pflichten im Interesse der Steyrer Arbeiter und Angestellten nachzukommen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, erst gestern kam es zu einem Gespräch in der ÖGB-Zentrale in Wien, und zwar zwischen den Betriebsratsobmännern von Steyr-Daimler-Puch, Kollegen Leithenmayr, Rudolf Pimsl und auch des Kollegen Tatzreiter und anderen, und den ÖGB-Funktionäre an der Spitze Wille, Dürnberger, Freyschlag und wiederum anderen. Ich kann auch von dieser Stelle aus sagen - wenn es Kollege Pimsl nicht tat, so ist es seine Sache - daß auch von diesen Vertretern der Belegschaft der Ernst der Situation der Steyr-Daimler-Puch AG entschieden dargelegt wurde und auch noch einmal die Entscheidung des Aufsichtsrates entschieden abgelehnt wurde. Anschließend an die Beratung fand auch ein Gespräch mit den Vertretern der Firmenleitung statt, an der Spitze wiederum mit Generaldirektor Voisard - Otto, wie sie ihn jetzt schon nennen - als Einpeitscher dieser neuen Linie, kam es aber nach dieser langwierigen Aussprache zu keiner Einigung bzw. Rücknahme der angekündigten Kündigungen. Es bleibt bei den angekündigten rund 1.000 Kündigungen bei den Arbeitern und Angestellten. Es bleibt bei der Streichung von rund 50 Prozent der Sozialleistungen und Errungenschaften von Steyr-Daimler-Puch. Es bleibt bei Lohn- und Gehaltsreduzierungen, wie dies auch im Unternehmerkonzept 90 dargelegt wird. Es bleibt, wie bekannt, bei der Ausgliederung, Verpachtung und bei Verkäufen, wie die Kantine, die Hausdruckerei und anderes. Es wurde auch deutlich unterstrichen - das hat auch Kollege Pimsl in seinem Beitrag gesagt - daß sie trotzdem unmittelbar zusätzliche Förderungsmaßnahmen verlangen im Ausmaß von rund 3,8 Milliarden Schilling. Die Betroffenheit, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ist ja allseitig, weil durch das Verhalten des Vorstandes der Steyr-Daimler-Puch AG, des Eigentümers CA-Generaldirektor Androsch und nicht zuletzt durch die verfehlte und unverantwortliche Politik der Bundesregierung alle sozialen Schichten der Stadt und der Region betroffen werden. Der Vorstand argumentiert mit der Notwendigkeit dieser Maßnahmen. Die einzige Notwendigkeit, die aber in dieser Situation zutrifft, ist eine grundlegende Änderung der Konzernpolitik, eine offensive Strategie, verbunden mit einem Entwicklungs- und Ausbaukonzept und die

finanzielle Absicherung der Umstrukturierungsmaßnahmen durch Land und Bund und, wie Kollege Pimschl richtig festgestellt hat, auch von den Nutznießern, nämlich des Eigentümers, der CA.

Steyr-Daimler-Puch hat so, wie die verstaatlichte Industrie, wesentlich und unter großen Opfern der Arbeiter und Angestellten zum Wiederaufbau und zur wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt, aber im besonderen unserer Heimat, beigetragen. Heute steht Steyr-Daimler-Puch mit VOEST Linz, der AMAG Ranshofen, Chemie Linz und der WTK im Mittelpunkt des Angriffes konservativer Kräfte und einer ebenso konservativen wie kurzsichtigen Sparpolitik auch der jetzigen Koalitionsregierung. Im Mai dieses Jahres fand hier in unserer Stadt Steyr die Solidaritätskonferenz mit der verstaatlichten Industrie und der Gemeinwirtschaft statt, bei der der sogenannte Steyrer Appell beschlossen wurde, dem mittlerweile bekanntliche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter auch viele Gewerkschafter, beigetreten sind. Bei dieser Konferenz qualifizierte auch der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Prof. Kurt Rothschild die radikale Entstaatlichungspolitik als wirtschaftspolitischen Unsinn und Rückschritt ins vorige Jahrhundert ab. Gerade am Beispiel Steyr-Daimler-Puch zeigt sich nach meiner Meinung, daß sich notwendige Umstrukturierungsmaßnahmen nicht ausschließlich an den Bedürfnissen von Märkten orientieren dürfen. Sie müssen viel mehr auch gesamtwirtschaftliche, regionale und soziale Bedürfnisse miteinbeziehen. Derzeit gibt es in der Steyrer Region über 2.200 Arbeitslose. Das ist eine Arbeitslosenrate von 5,7 Prozent und damit weitaus die höchste unseres Bundeslandes, das im Durchschnitt 3,8 Prozent aufweist. Was es heißt, wenn nun tatsächlich mehr als 1.000 Arbeiter und Angestellte des Steyr-Werkes gekündigt werden, ist ja von Ihnen leicht ausrechenbar. Es besteht nicht die geringste Chance auf Ersatzarbeitsplätze. Von mehr als 19.000 oberösterreichischen Arbeitslosen sind über 6.000 gelernte Facharbeiter. Außerdem sollen in unserem Bundesland, allein in den verstaatlichten Betrieben, wie VOEST, Chemie, AMAG, WTK, rund 10.000 Industriearbeitsplätze vernichtet oder weg-rationalisiert werden. Die Verteidigung des Steyrer Hauptwerkes ist aber mehr als die Verteidigung von Arbeitsplätzen. Es geht um die Unabhängigkeit und den Bestand der österreichischen Fahrzeugindustrie. Es geht um einen Kraftfahrzeugbetrieb, der durch die Qualitätsarbeit seiner Angestellten und Techniker in der ganzen Welt bekannt wurde und damit auch den Namen unserer Stadt mit Weltruf belegte. Wir Kommunisten stehen auf der Seite der Arbeiter und Angestellten und unterstützen solidarisch ihren schweren Kampf um die Erhaltung des Betriebes und die Verteidigung ihrer sozialen Errungenschaften. Wir nehmen uns kein Blatt vor den Mund, wenn es um die Benennung der Hauptverantwortlichen für diese gefährliche, unsoziale antiösterreichische Politik geht. Die SPÖ- und ÖVP-Koalitionsregierung und die CA-Spitze unter Androsch arbeiten zielstrebig auf den Anschluß Österreichs an die europäische Wirtschaftsgemeinschaft hin. Das ist die tiefere Ursache, meine Damen und Herren des Gemeinderates, für die Angriffe auf die Steyr-Daimler-Puch AG, wie überhaupt auf die Verstaatlichte.

Ich möchte auch ohne Übertreibung feststellen, daß diese Koalitionsregierung die kapitalfreundlichste, gleichzeitig aber auch die unsozialistische und werktätig feindlichste in der Zweiten Republik ist.

Unsere Resolution sollte, wie Bürgermeister Schwarz auch berichtete, im Rahmen einer Delegation des Bürgermeisters und der Fraktionsobmänner beim Bundeskanzler unmittelbar nach Beschlußfassung übergeben werden. Diese persönliche Übergabe an Vranitzky und Eigentümervertreter Androsch glaube ich, so nach meiner Auffassung, ist unsere Aufgabe, trotz aller Probleme, die sich jetzt zeigen, daß sich Vranitzky im Ausland befindet und daher kein Termin fixiert werden kann in dieser sehr ernstesten Situation. Aber es ist doch so, daß auch unser Bundeskanzler vielleicht jetzt schon im Flugzeug sitzt, aus Polen kommend, und in wenigen Stunden hier in Wien wieder landen wird. Daß es Möglichkeiten gibt, mit dem Bundeskanzleramt noch Kontakt aufzunehmen und meiner Meinung nach muß es möglich sein, noch vor Aussprache der Kündigungen, die gestern bei der Besprechung auch bekannt oder festgelegt wurden, die um den 16. Oktober liegen werden. Es wird aber trotzdem

unsere Aufgabe sein, der Regierung die Augen zu öffnen, was ihre Politik für die Menschen in unserer Region heißt. Manches sieht wohl von den spiegelblanken Verhandlungstischen der Regierung gesehen anders aus als hier vor Ort, wo tausende, wie wir tagtäglich verspüren, um ihre soziale Existenz zittern.

Aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, so wichtig Deklarationen, Reden und Resolutionen in dieser Situation auch sind, so will ich abschließend doch sagen, daß der Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze und gegen den Sozialabbau nur dann Erfolg haben wird, wenn wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen und wenn die Betroffenen selbst in Bewegung kommen und auch dementsprechende Aktionen im Einvernehmen mit ihrer Vertretung setzen. Dies hat sich immer wieder in der Vergangenheit bewährt und wird auch in unserem Fall sicherlich nicht anders sein.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Trembl für seine Zustimmungserklärung. Nächster Debattenredner ist Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Verehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich bräuchte an und für sich nur auf das hinzuweisen, was ich im Zusammenhang mit der nunmehr dreiteilig vorliegenden Resolution bereits mehrmals auch von dieser Stelle und zuletzt bei der Fraktionsobmännerbesprechung zum Ausdruck gebracht habe. Aufgrund der Wichtigkeit der Themen, die heute in dieser zu beschließenden Resolution aufscheinen, erlaube ich mir aber nochmals, aus der Sicht der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, zu diesen einzelnen Themen Stellung zu beziehen.

Zum ersten, wohl wichtigsten Teil dieser Resolution, der ja die Forderung nach Unterstützung vor allen Dingen seitens des Eigentümerversprechers, der CA, aber auch des Bundes und des Landes zugrunde liegt, um bestehende strukturelle Probleme, die seit Jahren in den Steyr-Werken anstehen, zu lösen, um aber vor allen Dingen Kündigungen wirkungslos zu machen bzw. weitere Kündigungen auszuschließen. Ich darf vorweg sagen, daß ich selbstverständlich dieser Resolution namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion die Zustimmung gebe.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich sehe aber diese Zustimmung nicht alleine als einen Solidaritätsakt gegenüber den Bedauernswerten, den Betroffenen an, die nun ihren Arbeitsplatz verlieren, sondern ich sehe diese Unterstützung vor allem auch im Lichte der Bedrohung der Gesamtwirtschaft unserer Stadt, aber auch der gesamten Region an. Es wurde bereits mehrmals hier von dieser Stelle aus von den Vorrednern zum Ausdruck gebracht, was es bedeutet, wenn Arbeitsplätze verlustig gehen. Ich möchte das aber nochmals präzisieren. Jeder Verlust eines Arbeitsplatzes, diesmal in den Steyr-Werken, bedeutet nicht nur für die Betroffenen und deren Familien Leid und Nachteile, bedeutet Einkommensverlust, bedeutet Kaufkraftverlust und bedeutet schließlich für sehr viele Betriebe hier in unserer Stadt, aber auch in den Umlandgemeinden, daß sie einen Schritt näher in das wirtschaftliche Abseits gerückt werden. Es bedeutet aber auch, daß diese Unternehmen sich Gedanken machen werden müssen aufgrund der Mindereinnahmen, nicht auch am Personalsektor Einsparungen vornehmen zu müssen.

Meine Damen und Herren, diese ernste Situation erfordert es, daß wir alle gemeinsam einen Schritt in die Richtung gehen, die bereits mehrmals aufgezeigt wurde, und jede nur erdenkliche Unterstützung den Betroffenen gewähren, aber vor allen Dingen diese Situation auch im Lichte der Gesamtwirtschaft, wie ich es angekündigt habe, zu sehen haben. Daher meine Forderung an alle Verantwortlichen der Steyr-Werke, auch diese Verantwortung zu sehen und darnach zu handeln, und endlich Maßnahmen zu setzen, daß auch für die Zukunft eine derartige Situation, wie wir sie heute vorfinden, nicht mehr eintritt. Ich kann Ihnen jedenfalls versichern, daß ich namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion alle Mittel und Maßnahmen unterstütze, die geeignet sind, diese bedrohende Situation, diese Bedrohung der Ge-

samtwirtschaft abzuwenden.

Meine Damen und Herren, was nun den zweiten Teil, der zwar nicht so wichtig ist, aber auch von sehr großer Bedeutung ist, betrifft. Da geht es ja um die Zuwendung von Bund und Land für den Ankauf der Reithoffer-Areale seitens der Stadt. Da darf ich daran erinnern, daß wir bereits vor Jahren darauf hingewiesen haben, nicht nur auf die fatale Situation der Betriebe, die dort situiert sind, sondern wir haben vor allen Dingen darauf hingewiesen, daß hier die Stadt Steyr eingreifen müßte, um helfend beizustehen, was die Verhandlungen mit den Eigentümern, den Steyr-Werken, betrifft. Ich hatte die Gelegenheit, bereits vor Jahren und darüber habe ich in einer Aktuellen Stunde berichtet, vor Ort in einem dieser Betriebe die Situation zu beobachten, unter welchen Voraussetzungen dort Menschen ihre Arbeit verrichten müssen. Ich will das nicht noch einmal im Detail schildern, aber darf sehr deutlich daran erinnern. Werte Kollegen, Sie wissen alle, um welchen Betrieb es sich handelt. Es war vor allen Dingen die Fa. Riha, aber auch die Eloxalfirma Loidl & Schwarz. Nunmehr haben aber diese Betriebe keine Möglichkeit gehabt, aus wirtschaftlichen Überlegungen, Sanierungsmaßnahmen an den Gebäuden vorzunehmen, weil sie einerseits sehr kurzfristige Verträge mit den Steyr-Werken hatten, aber andererseits auch sehr viel an monatlicher Miete zu leisten hatten. Daher darf ich auch, was die Zustimmung meiner Fraktion betrifft, verkünden, daß ich diese gerne gebe in Anbetracht der Tatsache, daß in diesem Bereich alles getan werden muß, um zu retten, was noch zu retten ist. Und dort wieder Firmen hinzubringen und Firmen zu halten. In einem Fall ist es ja leider nicht gelungen, das war die Firma Riha und ich hoffe, daß es im zweiten Fall, bei der Fa. Loidl & Schwarz, gelingt, daß diese Firma in Steyr verbleibt und damit Arbeitsplätze gesichert werden.

Nun schlußendlich zum dritten und letzten Teil dieser Resolution. Da kann ich in ein paar Sätzen meine Zustimmung begründen. Es geht mir darum, daß ich erinnern darf, daß es bereits eine Resolution gegeben hat, was die Nordspange betrifft oder die Errichtung der Nordspange. Diese ist ja im Zusammenhang mit der vertraglichen Verpflichtung gegenüber dem BMW-Werk zu sehen, ich sehe es aber auch als Notwendigkeit an, leistungsfähige Straßen- und Bahnverbindungen von Steyr in den oberösterreichischen Zentralraum zu schaffen aus wirtschaftlichen Gründen und vor allen Dingen aber auch, um den innerstädtischen Verkehr zu entlasten.

Das, meine Damen und Herren, in Kürze meine Ausführungen zu dem wirklich sehr wichtigen Thema, zu dem ich abschließend nochmals meine Zustimmung bekanntgeben darf.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke auch dem Sprecher der freiheitlichen Fraktion für seine Zustimmungserklärung. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, ich bitte daher den Bürgermeister um sein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte mich bei allen Fraktionsprechern für die Zustimmungserklärung herzlich bedanken. Ich möchte auch danke sagen für diese einhellige Solidaritätskundgebung, die hier der Gemeinderat als Gesamtheit für die Bediensteten zum Ausdruck bringt. Aber nicht nur für die Bediensteten, sondern es wurde mehrmals angeführt, es ist eine Solidaritätskundgebung des Gemeinderates für die gesamte Region Steyr und dafür danke ich sehr herzlich für die gesamte Wirtschaft in unserem Raum. Ich möchte nicht auf einzelne Äußerungen hier eingehen, ich glaube, daß Polemiken in dieser Zeit nicht angebracht sind, dazu ist die Lage zu ernst. Ich möchte Ihnen versichern, und ich darf Sie bitten, uns dabei zu unterstützen, daß wir alles tun werden, was in unserer Macht steht, um eine Hilfestellung zu geben. Dieser Hilfestellung bedürfen alle, die in unserer Stadt leben. Wir alle, meine Damen und Herren, sind dazu verpflichtet. Herzlichen Dank für die Zustimmung.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke dem Bürgermeister für das Schlußwort. In Anbetracht der Bedeutung dieser Resolution darf ich alle, die dieser Resolution die Zustimmung geben, bitten, die Hand zu heben? Danke. Ich darf die Einhelligkeit auch hier feststellen. Danke. Ich bitte nun den Bürgermeister, in seinen Berichten weiter fortzufahren.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten um Zustimmung zu folgendem Antrag:

2) Bau5-3360/86

Sportanlage Rennbahn; Einrichtungsgegenstände
für das Umkleidegebäude.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 7. 7. 1987 wird der Auftrag zur Lieferung der erforderlichen Einrichtungsgegenstände für das Umkleidegebäude der Sportanlage Rennbahn an die Fa. Steinmaßl, Steyr, zum Preise von S 273.116,- netto übertragen. Für die Abrechnung bereits vergebener Aufträge im Finanzjahr 1987 sowie für die Bezahlung der vorgenannten Leistungen wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 2.000.000,-- (Schilling zwei Millionen)

bei der VA-St. 5/2621/010220.2 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme bitten.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER.

Ich darf feststellen, daß Kollege Stadtrat Steinmaßl wegen Befangenheit den Saal kurzzeitig verlassen hat.

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich darf damit annehmen, daß Sie einhellig mit diesem Antrag einverstanden sind. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich darf die Vorgeschichte zum nun folgenden Antrag als bekannt annehmen und darf Sie bitten, folgendem Antrag des Stadtsenates die Zustimmung zu geben:

3) ÖAG-410/80

Sanierung der Schwimmschule; Zuschuß
der Stadtgemeinde Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtesberichtes der Magistratsdirektion vom 11. August 1987 wird der Steyr-Daimler-Puch AG für die Sanierung der Schwimmschule sowie für den Abgang 1986 eine Subvention in der Höhe von S 305.623,50 gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 5.700,-- (fünftausendsiebenhundert)

bei der VA-St. 5/7820/776010.4 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung in Höhe von

S 300.000,-- (dreihunderttausend)

bei derselben Voranschlagsstelle bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Dazu möchte ich noch anführen, daß neben der Leistung der Gemeinde sich auch eine Gemeinschaft gebildet hat zur Erhaltung der Schwimmschule. Diese Gemeinschaft hat auch nicht unwesentlich dazu beigetragen, daß diese alte Sozialeinrichtung im Wehrgraben erhalten werden konnte. Ich möchte von dieser Stelle aus den Mitarbeitern dieser Gemeinschaft herzlich danke sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht dazu jemand zu sprechen?

Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Bei den Kollegen des Finanz- und Rechtsausschusses ist ja die Stellungnahme der KPÖ dazu bekannt. Es ist so, daß das Werksbad, die Schwimmschule der Steyr-Werke, auch in schwierigen Zeiten instand gehalten und betrieben werden konnte. Heute ist es halt Linie geworden, nicht erst heute, sondern seit längerer Zeit, daß man besondere Leistungen, die meiner Meinung nach historisch gewachsen sind für die Steyrer Arbeiter und ihrer Angehörigen, daß man darangeht, diese Leistungen systematisch der öffentlichen Hand zu übertragen, nämlich in der Form, daß finanzielle Zuwendungen gegeben werden müssen. Ich erinnere Sie daran, daß die Werksbücherei von Steyr-Daimler-Puch AG uns übergeben wurde, nämlich daß wir die Personalkosten tragen, daß wir jetzt wiederum einen Zuschuß leisten müssen, daß überhaupt dieses Schwimmbad eröffnet werden konnte. Ich möchte auch an dieser Stelle besonders unterstreichen, daß es wiederum Arbeiter der Steyr-Werke und auch andere waren, die sich zusammengeschlossen haben in dem Verein "Schwimmschule" und die viele, weit über tausend Arbeitsstunden freiwillig abgeleistet haben, um dieses Bad überhaupt zu sanieren, damit es der Öffentlichkeit überantwortet werden konnte. Aber es ist eine Schande für die großen Steyr-Werke.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Tremml. Nächster ist Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich darf vorerst feststellen, daß es heute gleich eingangs der Sitzung, zumindest was meine Meinungen betrifft, ein großes Maß an Übereinstimmung gegeben hat. Das betrifft auch diesen Antrag. Ich hoffe, daß es Kollegen Ramoser nicht besonders stört, wenn er davon erfährt. Ich jedenfalls, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister, freue mich, daß nunmehr auch die Stadtgemeinde Steyr bereit ist, einen Beitrag zu leisten zur Sanierung der Schwimmschule, dieses traditionellen Bades der Stadt Steyr.

Ich habe auch bereits im Rahmen einer Aktuellen Stunde auf die Gründe hingewiesen, die mich veranlaßt haben, die Meinung zu vertreten, daß auch die Stadt Steyr eine Verpflichtung hätte, sich an den Sanierungsmaßnahmen zu beteiligen und darf diese ganz kurz wiederholen. Selbstverständlich, da gebe ich Kollegen Tremml recht, müßten in erster Linie die Steyr-Werke dafür Sorge tragen, daß dieses Traditionsbad weiter benützt werden kann, aber ich sehe auch eine Unterstützung der Stadt Steyr in dem Licht, daß ja nicht nur Steyr-Werkler dieses Bad benutzen dürfen, sondern auch die gesamte Bevölkerung sich dort einfinden darf. Daher, meine Damen und Herren, werde ich diesem Antrag selbstverständlich die Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke auch für diesen Beitrag. Gibt es noch eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Herr Bürgermeister ich bitte um das Schlußwort. Da dies nicht gewünscht wird, kommen wir zur Abstimmung. Gibt es eine gegenteilige Meinung zu diesem Antrag? Stimmenthaltung? Beides nicht der Fall, daher einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, im nächsten Antrag darf ich Sie bitten, einer Änderung der Vergabeordnung die Zustimmung zu geben. Ich darf einleitend dazu kurz berichten, daß mit Beschluß des Gemeinderates vom 2. 4. 1981 für die Vergabe von Leistungen durch die Stadt Steyr bzw. die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt

Steyr eine Vergabeordnung erlassen wurde.

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 28. Juni 1984 wurde diese Vergabeordnung dahingehend geändert, daß die Bestimmung des § 10 Abs. 4, die vorsah, daß Bieter, die ihren Sitz in Steyr haben, bei Preisunterschieden bis zu 5 % über dem Bestandsangebot gegenüber anderen Bietern beim Zuschlag zu bevorzugen sind, durch eine Neuregelung dahingehend ersetzt wurde, daß an deren Stelle ein sogenanntes "Eintrittsrecht" für Steyrer Firmen aufgenommen wurde, die sich an der Ausschreibung beteiligt haben und deren Angebotspreis nicht um mehr als 10 % über demjenigen des Bestbieterangebotes liegt. Aus der Erfahrung hat sich ergeben, daß diese Grenze von 10 % zu hoch gegriffen ist. Es wurde ja in den Fraktionen über diese Problematik diskutiert und es wurde auch grundsätzlich eine Einigkeit darüber erzielt, daß man wieder auf die ursprünglichen 5 % bezüglich des Eintrittsrechtes zurückgehen sollte. Darüberhinaus ist mit diesem Antrag festgelegt, daß sich aufgrund der eingetretenen Geldentwertung auch die Preisgrenzen, die im Statut der Stadt Steyr vorgesehen sind, entsprechend ändern bzw. angehoben werden sollten.

Ich bitte Sie daher, folgendem Antrag des Stadtsenates die Zustimmung zu geben:

4) Bau1-6438/73

Änderung der Vergabeordnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 1. September 1987 wird die in der Anlage beigeschlossene Änderung der Vergabeordnung genehmigt.

(BEILAGE)

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Wieser bitte.

GEMEINDERAT WOLFGANG WIESER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates! Bei diesem Antrag geht es vorrangig um die Änderung des Eintrittsrechtes für Steyrer Firmen. Durch diese Änderung haben auswärtige Firmen erheblich bessere Chancen, Aufträge zu erhalten. Das Eintrittsrecht soll Steyrer Firmen einen kleinen Vorteil einräumen. Aber nur solchen Firmen, von denen auch die Gemeinde Vorteile, z. B. Lohnsummensteuer, hat. Es geht daher nicht an, daß Scheinfirmen, sogenannte Briefkastenfirmen, von denen die Gemeinde nur die Gewerbeanmeldung hat und sonst nichts, Aufträge erhalten, als wären sie normale, steuerzahlende Steyrer Firmen.

Ich fordere daher die verantwortlichen Herren auf, daß die Definition, an der das Eintrittsrecht haftet, "mit dem Sitz in Steyr" zumindest bei der Vergabe geistig mit dem Zusatz "Steuerzahler in Steyr" ergänzt wird.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Wieser für seinen Beitrag. Der Herr Bürgermeister möchte dazu noch etwas sagen, bitte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Dazu möchte ich anführen, daß in der letzten Zeit in diesem Zusammenhang, eben im Zusammenhang mit der Vergabe von Aufträgen Diskussionen geführt wurden, und daß wir im Zuge der Rechtsberatung in unserem Hause zur Auffassung gekommen sind, und ich glaube, diese Auffassung ist richtig, daß eine Steyrer Firma dann als solche anzusehen ist, wenn der Sitz in unserer Stadt gegeben ist und der Sitz einer anderen Firma, die hier nur ein Zweigbüro unterhält, eben nicht als Steyrer Firma zählt. Es sollte also ausschlaggebend sein, wo die Hauptinteressen der Firma liegen, und ausschlaggebend sein dafür, in welcher Form die Auslegung "Steyrer Firma" gilt. Ich bin in dieser Richtung durchaus der Meinung, daß wir hier die orts-

ansässigen Betriebe in der Weise, in der Sie, Herr Wieser, das vorgetragen haben, unterstützen. Sie haben ja von einem geistigen Zusatz gesprochen und nicht direkt einen Antrag gestellt. Ich glaube, wir alle haben das Interesse, daß jene Firmen, die in erster Linie an unsere Stadt gebunden sind, auch die Vorteile dieser Regelung in Anspruch nehmen können.
Ich glaube, daß diese Auslegung richtig ist.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke dem Bürgermeister für seine Ausführungen. Gibt es dazu noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke dem Herrn Bürgermeister für seine Berichte und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Kollegen Wippersberger um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, drei Anträge sind es, die ich zur Beschlußfassung zu unterbreiten habe.

Beim ersten Antrag geht es um den Rechnungsabschluß des Reinhaltverbandes Steyr und Umgebung für das Rechnungsjahr 1986.

Dieser Rechnungsabschluß, das darf ich hier unterstreichen und hervorheben, wurde in der Mitgliederversammlung des Reinhaltverbandes Steyr und Umgebung am 26. Juni d. J. einstimmig genehmigt, nachdem vorher auch die Rechnungsprüfer dazu Stellung genommen haben und festgestellt haben, daß alles rechnerisch und buchhalterisch in Ordnung ist. Ich darf nun diesen Antrag zur Verlesung bringen:

5) Wa-5450/75

RHV Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluß 1986;

Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Rechnungsabschlusses des RHV Steyr und Umgebung für das Jahr 1986 wird der Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr an den RHV Steyr und Umgebung in Höhe von S 23.104.556,41 (Investitionskostenanteil S 16.459.779,67; Betriebskostenanteil S 6.644.776,74) zur Kenntnis genommen und der Ausbezahlung des Restbetrages in Höhe von S 13.878.056,41 (a-conto-Zahlung S 9.226,50,-) zugestimmt.

Zu diesem Zwecke hat bei der VA-Stelle 1/6210/774000.1 eine Freigabe in Höhe von S 718.000,- und eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 3.675.340,- sowie bei der VA-Stelle 5/6210/774000.2 eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 9.484.715,- zu erfolgen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitungen hat durch Darlehensaufnahmen zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim zweiten Antrag geht es um ein Versehen der Wiener Allianz-Versicherung bzw. um eine unrichtige Auslegung des Betriebsstättenbegriffes, wodurch die Stadt Steyr zu geringe bzw. die Stadt Linz zu hohe Anteile bekamen.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

6) GemIX-4350/87

Wiener Allianz Versicherungs AG Wien, Lohnsummensteuernachforderung für die Jahre 1981 - 1985; Stundung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA II vom 20. 7. 1987 wird die Zahlung des der Wiener Allianz Versicherungs AG mit Bescheid des Magistrates der Stadt Steyr vom 25. 6. 1987 vorgeschriebenen Lohnsummensteuernachforderungsbetrages in der Höhe von S 732.732,- bis zur Rückzahlung der Stadt Linz an die Wiener Allianz Versicherungs AG bzw. bis 30. 9. 1987 gestundet. Stundungszinsen im jeweils gesetzlichen Ausmaß sind zu berechnen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke, auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim nächsten Antrag geht es um eine gewerbebehördliche Betriebsanlagengenehmigung bzw. um eine Förderung für diese Betriebsansiedlung. Ich glaube, die Vorgeschichte zu diesem Akt ist Ihnen hinlänglich bekannt und ich kann mir daher ersparen, auf diese Vorgeschichte nochmals einzugehen. Ich werde daher nur den Antrag selbst zur Verlesung bringen:

7) ÖAG-2203/85

Betriebsansiedlung der Fa. Dräxlmaier - VTS

Verdrahtungstechnik GesmbH - Gewerbeförderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Abschluß eines Förderungsübereinkommens mit der Firma VTS-Verdrahtungstechnik GesmbH, Steyr, Wolfenstraße 17, im Sinne des vorstehenden Amtsberichtes wird zugestimmt:

Die Stadt leistet demnach der Firma eine Gewerbeförderung auf die Dauer von fünf Jahren in der Höhe der Hälfte der von ihr zu entrichtenden Lohnsummensteuer mit Abrechnungstichtag erstmalig am 31. Dezember 1987. Diese Verpflichtung gilt auf die Dauer von 5 Jahren und nur so lange, als die Firma einen Beschäftigtenstand von mindestens 275 Mitarbeitern (ganztätig) nachweisen kann. Wird dieser Stand im Berechnungszeitraum länger als 6 Monate unterschritten, endet die Förderung generell.

Die erforderlichen Mittel im Sinne dieses Übereinkommens sind in den kommenden Rechnungsjahren gesondert zu bewilligen.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Bei dieser beantragten Förderung handelt es sich um eine Förderung von rund 2 Mill. Schilling. Mit der Betriebsansiedlung der Fa. Dräxlmaier-Verdrahtungstechnik und deren Förderung beschäftigte sich ja bekanntlich schon der Gemeinderat im Vorjahr im Mai und als Sprecher der KPÖ-Fraktion habe ich auch damals gegen das Millionengeschenk an diese ausländische Firmengruppe Stellung bezogen. Unter dem Druck, ich möchte fast sagen, dem erpresserischen Druck, dieser Firma haben alle anderen Gemeinderatsfraktionen für die Bereitstellung eines 15.000 m² großen Grundstückes

zum halben Preis für den Bau dieses Betriebes an der Ennser Straße gestimmt. Ebenso wurde die volle Bezahlung der Aufschließungskosten gewährt. Obwohl die KPÖ für die Schaffung neuer Arbeitsplätze eintritt, habe ich damals eine ablehnende Stellungnahme bezogen, weil es sich dabei um einen, die Stadtgemeinde belastenden und damit schlechten Vertrag, handelte. Dieser Vertrag kam allerdings, wie wir jetzt hören mit dem neuen Antrag, nicht zur Wirkung, da die Firma von einem Bau Abstand genommen hat und sich in einer Werkshalle an der Wolferner Straße angemietet hat. Nun soll auf die Dauer von fünf Jahren für die 275 geschaffenen Arbeitsplätze die Hälfte der zu entrichtenden Lohnsummensteuer als Gewerbeförderung rückvergütet werden. Dies entspricht, wie ich schon angeführt habe, nach meiner Rechnung einem Förderungsbetrag in den kommenden 5 Jahren von 2 Mill. Schilling. Wenn wir als Kommunisten dieser Förderungsmaßnahme die Zustimmung geben, so fällt uns dies nicht leicht und wir müssen darauf hinweisen, daß die Methoden, mit der diese Firma Förderungen verlangt, keineswegs korrekt sind. Auch sind die Sicherheiten gering, handelt es sich doch um ein ausländisches Unternehmen, das relativ leicht Produktionsverlagerungen vornehmen kann. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, mehr als ein Viertel der Gesamtverschuldung unserer Stadt ist durch die Förderung der Privatbetriebe im Laufe der letzten 10 Jahre entstanden, obwohl Sie genau wissen, daß es nicht Aufgabe einer Stadtverwaltung ist, die Wirtschaftsförderung und die Wirtschaftsförderungsmaßnahmen in so hohem Maß zu betreiben. Aber, meine Damen und Herren, damit, mit dieser neuen Förderung, tritt eine weitere Verschuldung unserer Stadt in den nächsten 5 Jahren ein. Es ist ja nicht nur durch diesen Beschluß, der heute gefaßt wird, daß wir in den nächsten 5 Jahren dieser Fa. Dräxlmair 2 Mill. Schilling an geleisteter Lohnsummensteuer rückzahlen müssen. Es fällt genau in diesen Zeitraum auch, daß wir die gesamte Lohnsummensteuer für zwei Jahre für das BMW-Werk zurückgeben müssen, das ein Ansteigen der Verschuldung der Stadt um ca. 45 Millionen sein wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Nächster Sprecher ist Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister! Ich sehe diese Förderung der Stadt an die genannte Firma Dräxlmair als eine notwendige Förderungsmaßnahme im Hinblick der Arbeitsplatzschaffung und der Arbeitsplatzzerhaltung an. Besondere Bedeutung messe ich aber der Bestimmung zu, die im Amtsbericht zwar aufscheint, nämlich daß Bewerber aus dem Raum Steyr bei gleicher Eignung bei der Bewerbung der Vorzug zu geben ist. Ich glaube daher, daß es notwendig ist, diese Formulierung auch im Beschluß mit aufzunehmen, da fehlt sie nämlich.

Ich darf aber abschließend nochmals meine Begründung näher präzisieren und formulieren, was die Förderungsmaßnahmen generell betrifft. Da bin ich mit Kollegen Tremml nicht ganz einer Meinung, denn es ist ja nicht so, daß es der Stadt nur Geld kostet; das ist zweifelsohne zur Zeit der Fall, aber aufgrund dieser Maßnahme ist ja zu erwarten, daß Rückflüsse hereinkommen. Nicht nur in Form der Lohnsummensteuer, sondern Rückflüsse auch in Form der gesteigerten Kaufkraft. Und das kommt ja wieder dem zugute, was wir eingangs der Sitzung behandelt haben, nämlich der gesamten Wirtschaft. Daher habe ich auch immer wieder Förderungsmaßnahmen, sei es an BMW, sei es an andere Betriebe, befürwortet seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion und werde es auch in diesem Fall tun. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Beitrag. Als Nächster hat sich Kollege Holub zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, ich glaube wir müssen froh sein, daß wir bei dieser Förderung mit diesem Betrag durchgekommen sind, so sehr es an sich bedauerlich ist, daß die Finanzen der Stadt nicht so sind, daß man grenzenlos großzügig sein kann. Fest steht das eine, daß wir insbesondere für die Damen in unserer Stadt auch Arbeitsplätze brauchen. Fest steht, daß dieser Betrieb insbesondere weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. Die grundsätzliche Überlegung, ob man den Betrieb fördern sollte oder nicht daran zu binden, daß einer ein Gelände in der Stadt käuflich erwirbt, schiene mir bedenklich, weil sich dadurch der Spielraum der Stadt hinsichtlich verfügbarer Neuansiedlungsgründe reduzieren würde. Wenn es die Möglichkeit gegeben hat, in bestehende Objekte den Betrieb einzusiedeln, so finde ich das von der Ansiedlungspolitik her durchaus nicht als Nachteil, sondern eher als Vorteil, weil man ja als Stadtplaner - der Gemeinderat ist auch ein stadtplanendes Organ - nicht umhin kann zu erkennen, daß in unserer Stadt Raum nicht beliebig erweiterbar ist, sondern daß die Stadtgrenzen fest gefügt sind und daß wir aus Gründen der Ausnützung unseres Lebensraumes sehr wohl zufrieden sein müssen, wenn bestehende Objekte Verwendung finden. In Sonderheit dann, wenn sie sonst leer stünden.

Insofern, glaube ich, ist die Konstruktion durchaus zu akzeptieren. Den Verhandlern möchte ich das Kompliment machen, daß sie gut verhandelt haben. Kollegen Eichhübl möchte ich sagen, daß die Einfügung des Passuses, daß die Steyrer Bewerber bei gleicher Eignung zu bevorzugen wären, eine sehr rhetorische bleiben müßte, denn die Eignung prüft immer noch das Unternehmen und nicht die Gemeinde. Die Kontrolle erscheint mir da auch sehr rhetorisch.

Ich glaube, von so rhetorischen Floskeln könnte man mit gutem Gewissen Abstand nehmen. Daß der Wunsch da ist, daß unsere Steyrer Mitbürger bevorzugt beschäftigt werden, wenn wir Mittel geben, ist verständlich und, glaube ich, kann dem Unternehmen anders auch mitgeteilt werden. Das wurde ja auch dem Unternehmen in den Gesprächen bereits sehr nahe gelegt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich kann das bestätigen. Bei den Verhandlungen wurde auf diesen unseren Wunsch natürlich ganz besonderer Wert gelegt und ich darf versichern, daß wir das auch in schriftlicher Form dem Betrieb noch einmal mitteilen werden. Gibt es dazu noch Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich möchte den Kollegen, die das Wort ergriffen haben zu diesem Tagesordnungspunkt, herzlich danken für ihre Zustimmungserklärung. Ich darf nochmals feststellen, ich war selbst mit bei den Verhandlungen, daß es nicht leicht war, diesen Abschluß zu tätigen. Es hat uns der Herr Dräxlmair angekündigt, wenn er keine Förderungen in einem Ausmaß bekommt, wie er sich das erwartet, dann wird er die Stadt Steyr wieder verlassen und sich mit seinem Betrieb anderweitig ansiedeln. Wir waren also gezwungen, hier weiter zu verhandeln und sind dann zu diesem Ergebnis gekommen. Ich darf sagen, irgendwie bin ich sogar froh, daß der ursprüngliche Vertrag doch nicht zustande gekommen ist, denn da wäre die Förderung fast doppelt so hoch gewesen wie jetzt. Das, glaube ich, ist auch ein Vorteil. Eines muß man auch sagen, bei der Gewerbeförderung schlechthin, es stimmt, wir geben z. B. bei der Fa. Dräxlmair Geld aus, und zwar an die 2 Millionen. Aber wenn diese Firma nicht hier wäre, denn bekämen wir nicht einmal die Hälfte dieser Lohnsummensteuer in den nächsten 5 Jahren. Nach 5 Jahren bekommen wir ja dann die ganze Lohnsummensteuer. Es bringt uns dennoch etwas. Richtig ist, da hast Du vollkommen recht, da muß ich Kollegen Eichhübl ein wenig widersprechen, rein vom Gesetz her wären wir als Gemeinde überhaupt nicht verpflichtet, uns da einzuschalten. Aber wir tun das im Interesse der Menschen, die hier wohnen, daß wir so viele Arbeitsplätze wie nur

möglich in unserer Stadt haben.

Ich danke nochmals allen für ihre Beiträge und die Zustimmungserklärungen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist dagegen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegen Wippersberger für seine Beiträge. Nächster Berichterstatter ist Frau Kollegin Ehrenhuber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Ich habe Ihnen zwei Anträge zur Beschlußfassung vorzubringen, die den Umbau in unserem Zentralaltersheim betreffen. Und zwar mit dem Ziel, einerseits eine Verbesserung der Unterbringungsmöglichkeiten zu erreichen und andererseits zusätzliche Pflegebetten zu schaffen.

Der erste Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

8) Bau5-3981/86

Umbau Zentralaltersheim; Vergabe von Baumeister- und Elektroinstallationsarbeiten sowie Heizungs- und Sanitärinstallationen, Lieferung von Unterböden und Bodenbeläge; Erweiterung der Brandmeldeanlage.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 3. 7. 1987 werden im Zusammenhang mit dem Umbau Zentralaltersheim folgende Aufträge vergeben:

- | | |
|---|--------------------|
| 1. Baumeisterarbeiten an die Fa. Weidinger, Steyr, zum Preise von | S 857.395,- netto |
| 2. Elektroinstallationsarbeiten an die Fa. Elektro-Bau AG, Steyr, zum Preise von | S 357.240,- netto |
| 3. Heizungs- und Sanitärinstallationen an die Fa. Haas, Steyr, zum Preise von | S 296.871,79 netto |
| 4. Lieferung der Unterböden und Bodenbeläge an die Fa. Tikal, Wels, zum Preise von | S 122.275,- netto |
| 5. Erweiterung und Änderung der bestehenden Brandmeldeanlage an die Fa. Siemens, Linz, zum Preise von | S 50.000,- netto |

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1.684.500,- (eine Million sechshundertvierundachtzigtausendfünfhundert) sowie die für die mit Stadtsenatsbeschluß vom 17. 6. 1987 vergebenen Aufträge erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 307.224,-- (dreihundertsiebentausendzweihundertvierundzwanzigtausend) werden bei der Va-St. 5/4200/010170.0 freigegeben.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht, daher so beschlossen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Mein zweiter Antrag lautet:

9) Bau5-3981/86

Umbau Zentralaltersheim; Vergabe von Tischler-, Schlosser- und Fliesenlegerarbeiten sowie der Möbellieferung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 16. 7. 1987 werden im Zusammenhang mit dem Umbau Altersheim folgende Aufträge vergeben:

1. Tischlerarbeiten an die Fa. Hackl, Steyr, zum Preise von S 346.650,- netto
2. Schlosserarbeiten an die Fa. Weichselbaumer, Steyr, zum Preise von S 30.000,- netto
3. Fliesenlegerarbeiten an die Fa. Brunner, Steyr, zum Preise von S 111.795,- netto
4. Möbellieferung an die Fa. Steinmaßl, Steyr, zum Preis von S 112.884,- netto.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 601.400,- (sechshunderteintausendvierhundert)

werden bei VSt 5/4200/010170.0 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 6 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen sehe ich keine. Gegenstimmen? Enthaltungen? Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Kollegen Ehrenhuber für ihren Vortrag. Als nächsten Berichterstatter bitte ich anstelle Kollegen Sablik Stadtrat Pimsl um den Vortrag der nächsten Tagesordnungspunkte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL anstelle des abwesenden Stadtrates Erich Sablik:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Der erste Antrag, den ich Ihnen vorzutragen habe, beschäftigt sich mit der Asphaltierung der Aufschließungsstraße der Wieser-Moosbauer-Gründe und des Kronbergweges in Gleink. Diese Arbeiten wurden öffentlich ausgeschrieben.

Der Antrag lautet:

10) Bau3-1282/86

Asphaltierung der Aufschließungsstraße der Wieser-Moosbauer-Gründe und des Kronbergweges in Gleink.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 3. 7. 1987 wird der Auftrag zur Asphaltierung der Aufschließungsstraße der Wieser-Moosbauer-Gründe und des Kronbergweges in Gleink an die Fa. Asphalt und Beton, Linz, zum Preise von S 405.612,- inkl. MWSt. übertragen.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 394.000,- (dreihundertvierundneunzigtausend)

bei der VA-St. 5/6120/002350.6 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 12.000,- (zwölftausend)

bei derselben Voranschlagsstelle bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Pimsl. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall.

Ist jemand dagegen oder enthält sich jemand der Stimme? Der Antrag ist so angenommen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Im Zuge der Frostschäden des vergangenen Winters wurde der Gesamtumfang der Schäden aufgelistet und es war daher eine Aufstellung der hier im Amtsbericht angegebenen Straßen notwendig. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

11) Bau3-4521/87

Straßenerhaltungsprogramm 1987.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 16. 7. 1987 wird der Auftrag zur Instandsetzung der auf beiliegender Liste angeführten öffentlichen Verkehrsflächen an den städtischen Wirtschaftshof zum Preis von S 1,155.000,- übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1,155.000,- (eine Million einhundertfünfundfünfzigtausend)

werden bei VSt 1/6120/611000.9 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt. (BEILAGE)

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Mit GR-Beschluß vom 28. 3. 1985 wurde der Auftrag zur Durchführung der Baumeisterarbeiten für den Straßenbau "Steiner Straße - Klosterstraße" vergeben. Der Antrag lautet:

12) Bau3-1240/81

Ausbau der Steiner Straße und Klosterstraße; 1. Bauabschnitt - Schlußrechnung; Ergänzung zum GR-Beschluß vom 28. 3. 1985.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 28. 3. 1985 wurde der Auftrag zur Durchführung der Baumeisterarbeiten für den Straßenbau "Steiner Straße - Klosterstraße", 1. Bauabschnitt, an die Fa. Zwettler Bau-GesmbH zum Preise von S 6,049.125,60 inkl. MWSt. und für den Kanalbau zum Preis von S 510.316,- exkl. MWSt. vergeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 27. 7. 1987 werden nunmehr die zur Begleichung der noch offenen Rechnungen in der Höhe von S 323.413,66 erforderlichen Mittel freigegeben.

Die Freigabe der hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 323.500,- (dreihundertdreißigtausendfünfhundert)

erfolgt bei der VA-St. 5/6120/002190.6.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es Wortmeldungen dazu? Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Zur Instandhaltung von Sonderanlagen, das sind Verkehrszeichen und Ampeln, wurden bei der entsprechenden VA insgesamt 800.000,- S veranschlagt. Der entsprechende Antrag lautet:

13) VerK-4887/87

Instandhaltung von Sonderanlagen nach
der Straßenverkehrsordnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Im ordentlichen Haushalt 1987 waren für die Instandhaltung von Sonderanlagen nach der StVO S 800.000,- inkl. MWSt. veranschlagt.

Da dieser Betrag bereits aufgebraucht ist, wird nunmehr aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 20. 7. 1987 zur Abdeckung der 1987 noch zu erwartenden Aufwendungen der Freigabe von S 600.000,- inkl. MWSt. zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 600.000,-- (sechshunderttausend)

bei der VA-St. 1/6400/619000.7 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich darf auch hier um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen den Antrag? Wer ist dafür? Ich sehe auch hier Einstimmigkeit.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Der Parkplatz bei der Märzenkellerstiege steht schon seit längerer Zeit zur Neugestaltung an. Der Antrag dazu lautet:

14) Bau3-2490/86

Neugestaltung des Parkplatzes Märzenkellerübergang,
2. Bauabschnitt; Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 13. 8. 1987 wird der Auftrag zur Neugestaltung des Parkplatzes Märzenkellerübergang, 2. Bauabschnitt, an die Firma Zwettler, Steyr, unter Anwendung des Eintrittsrechtes, zum Preis von S 492.036,24 inkl. MWSt. übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 492.100,- (vierhundertzweiundneunzigtausendeinhundert)

werden bei VSt 5/6120/002380.3 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich frage auch hier, ob eine Wortmeldung gewünscht wird? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist somit einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Bereits im vergangenen Jahr wurde der Auftrag zur Lieferung eines Kommunaltraktors erteilt. Nachdem sich aus der Berichterstattung und den Diskussionen ergeben hat, daß über die Verwendung des Traktors wenig Klarheit besteht, wurde dieser Antrag zurückgestellt. Mittlerweile ist aber eine Preiserhöhung beim benötigten Traktor eingetreten, so daß hier neuerlich eine Verhandlung mit den Angebotlegern notwendig war. Als einzige Firma, die die Preiserhöhung nicht mitgemacht hat, ist nunmehr die Lagerhausgenossenschaft Steyr-Weyer übriggeblieben. Der diesbezügliche Antrag lautet:

15) ÖAG-6228/86

Städt. Wi-Hof

Kleintraktor; Ersatzbeschaffung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit StS-Beschluß vom 23. 10. 1986 wurde dem Antrag zum Auftrag zur Lieferung eines Kommunaltraktors an die Fa. Hans Bulla, 4522 Sierning, zum Preise von S 440.844,- stattgegeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VII vom 27. 8. 1987 wird dieser Stadtsenatsbeschuß aufgehoben und gleichzeitig der Auftrag zur Lieferung des Kleintraktors Steyr 8055 AS an die Lagerhausgenossenschaft Steyr-Weyer, Garsten, zum Preise von S 440.843,83 inkl. MWSt. übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 441.000,-- (vierhunderteinundvierzigtausend)
werden bei der VA-St. 1/8200/040000.8 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu eine Wortmeldung?
Herr Kollege Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Fast ein Jahr, wertres Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ist der Akt zum Auftrag zur Lieferung eines Kommunaltraktors für den städt. Wirtschaftshof liegen geblieben. Die Magistratsdirektion hatte nämlich den "fast unerfüllbaren" Wunsch um Überprüfung, ob der Traktor für Mäharbeiten auf dem Sportplatz Rennbahn im Sommer eingesetzt werden kann. Zur Klärung wurde von der MA VII mit der MA VI ein Schriftverkehr aufgenommen. Ergebnis nach mehreren Monaten, wenn ich aus dem Amtsbericht zitieren darf: "Dem Aktenlauf dieser Untersuchung kann nicht konkret entnommen werden, ob diese Eignung - gemeint ist die Sommernutzung - gegeben ist. Auch eine Besprechung der Verantwortlichen beider Abteilungen, mit Einbeziehung der Magistratsdirektion, hat nichts gebracht." Wenn man das so liest, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ist das sicherlich momentan belustigend. Ich glaube aber, man muß sich schon die Frage stellen, wenn man bei solchen Lappalien keine Klärung herbeiführen kann, was ist, wenn wirklich größere Probleme auftreten? Solche Koordinationsschwierigkeiten, wenn ich sie als solche bezeichnen darf, müßten daher unbedingt in Zukunft ausgeräumt werden.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Kollege Pimsl dazu bitte.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Kollege Spöck, ich glaube, man sollte aus einer gewissenhaften Prüfung eines Beschlusses nicht das Umgekehrte daraus ableiten. Nachdem sich aus verschiedenen Gründen über die Vielseitigkeit dieses Gerätes Diskussionen ergeben haben, hat der Herr Bürgermeister zurecht den beschlossenen Ankauf dieses Gerätes zurückgestellt. Wir haben das akzeptiert. Es hat sich nunmehr ergeben, daß die Prüfung über das Für und Wider dieses Ankaufes sehr wohl zugunsten dieser Notwendigkeit sich ergeben hat. Ich sehe darin eher eine Aufgabe und einen Auftrag, den wir in jedem Fall immer wahrzunehmen haben und nicht eher belustigend, so wie Sie es sehen. Wir glauben, daß damit die Aufgabe der Politiker bzw. des Amtes wahrgenommen wurde, daß darüber hinaus der Stadt kein Schaden, sogar ein Nutzen entstanden ist. Denn hätten wir den Traktor vor Prüfung dieser Einwände gekauft, dann wäre berechtigterweise der Vorwurf gekommen, wir hätten uns über die Notwendigkeit nicht ausreichend informiert. Dazu kommt noch, daß dieser Traktor heute zum gleichen Preis wie vergangenes Jahr gekauft werden kann und daher keine

Mehrausgaben für die Stadt entstehen, ja ich sogar behaupten kann, durch diese Zurückstellung und gewissenhafte Prüfung immerhin S 440.000,- ein Jahr später ausgegeben wurden.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Das war für mich als Finanzreferent, wenn ich das sagen darf, sehr angenehm, daß diese Anschaffung später gemacht wurde.

Gibt es eine gegenteilige Meinung? Eine Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegen Pimsi für seine Berichterstattung. Anstelle des Kollegen Stadtrat Schloßgangl bitte ich Kollegen Holub um den Vortrag der nächsten Punkte.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB anstelle des abwesenden Stadtrates Ing. Othmar Schloßgangl:

Ich bitte Sie, mit dem Ersatz vorlieb zu nehmen und gleichzeitig mit der verkürzten Vortragsweise.

Die ersten Anträge, die ich hier ersatzweise vorzutragen habe, hängen inhaltlich insofern zusammen, weil die Mittel für die vorliegenden durch die Beschlufassung über den ersten teilweise oder ganz zur Verfügung gestellt werden.

Der erste Antrag betrifft die Kanalisation Reichenschwall - Pyrach, Nebensammler Stelzhamerstraße - Nebenkanal Sarninggasse; Baumeisterarbeiten.

16) Bau6-2370/87

Kanalisation Reichenschwall - Pyrach, Nebensammler Stelzhamerstraße - Nebenkanal Sarninggasse; Baumeisterarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III namens der städt. Kanalverwaltung vom 2. 7. 1987 wird im Zusammenhang mit der Erneuerung des NS B 2 Stelzhamerstraße und des NK 15 Sarninggasse der Auftrag zur Durchführung der Baumeisterarbeiten an die Firma Koller, Grein, zum Preis von S 4.546.487,- exkl. USt. vorbehaltlich der Zustimmung des Wasserwirtschaftsfonds zum Katalogaustausch sowie des Amtes der Oö. Landesregierung zur Zuschlagserteilung übertragen. Gleichzeitig wird der terminlichen Aufteilung dieses Auftrages (Fertigstellung Mai 1988) zugestimmt. Zum genannten Zweck werden die im Rechnungsjahr 1987 erforderlichen Mittel in der Höhe von

S 3.500.000,-- (drei Millionen fünfhunderttausend)

bei VSt 5/8110/050570.9 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Keine Wortmeldung. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der nächste Antrag bekommt das Geld schon vom vorhergehenden.

Der diesbezügliche Antrag lautet:

17) Bau6-1281/86

Kanalisation Wieser-Moosbauer-Gründe; Restabwicklung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Gr-Beschluß vom 18. 9. 1986 wurden die Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten für die Kanalisation Wieser-Moosbauer-Gründe zum Preise von S 884.060,- exkl. USt. der Fa. Mayr-Bau-GesmbH Steyr übertragen. Da bisher lediglich S 257.000 exkl. USt. freigegeben wurde, wird nunmehr aufgrund des Amtsberichtes der MA III namens der städtischen Kanalverwaltung vom 6. August 1987 der restlichen Mittelfreigabe zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von
S 300.000,-- (dreihunderttausend)
bei der VA-St. 5/8110/050270.6 freigegeben sowie eine Kreditübertragung im Ausmaß von

S 327.000,-- (dreihundertsiebenundzwanzigtausend)
von der VA-St. 5/8110/050570.9 auf die VA-St. 5/8118/050270.9 bewilligt.
Die Deckung dieser Kreditübertragung hat bei der VA-St. 5/8110/050570.9 zu erfolgen.
Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der nächste Antrag lautet:

18) Bau6-4840/83

Kanal Feldstraße; Kanalisation Weinzierl (1. Ausbaustufe); Endabrechnung der Baukosten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 10. 9. 1985 wurde der Auftrag über die Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten für die Errichtung des NS FIII/1 der Fa. Illbau Linz zum Preise von S 6,311.928,- exkl. MWSt. übertragen. Mit Stadtsenatsbeschluß vom 10. 4. 1986 wurde dieser Auftrag um S 260.000,- exkl. MWSt. erweitert.

Da bisher lediglich S 5,272.000,- ausbezahlt wurden, wird nunmehr aufgrund des Amtsberichtes der MA III namens der städtischen Kanalverwaltung vom 14. 8. 1987 nach Vorlage der Schlußrechnung der Mittelfreigabe der restlichen Mittel in der Höhe von S 754.000,- exkl. MWSt. zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von

S 754.000,-- (siebenhundertvierundfünfzigtausend)
von der VSt 5/8110/050570.9 auf die VSt 5/8110/050410.8 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat bei der VSt 5/8110/050570.9 zu erfolgen.
Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wortmeldungen gewünscht? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen oder Enthaltungen ebenfalls keine, daher einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Die nächsten beiden Anträge sanieren flächenwidmungsplanmäßig bzw. bebauungsplanmäßig die Tatsachen in der Natur. An der Ennser Straße errichten die Firma Almauer und die Firma Zgonc zwei Großgeschäftsanlagen, die in der derzeitigen Flächenwidmungsform nicht möglich wären aus Gründen der Überschreitung der Gesamtverkaufsflächengrenzen. Die Geschäftsbauten decken den überörtlichen Bedarf, sodaß eine Flächenwidmungsplanänderung im Geschäftsbaugebiet vorgeschlagen werden darf. Der Antrag lautet:

19) Bau2-4424/86

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 38 zur Schaffung von
zwei Gebieten für Geschäftsbauten (Ennser Straße).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Einleitung des Flächenwidmungsplanänderungsverfahrens Nr. 38 zur Schaffung von zwei Gebieten für Geschäftsbauten (Ennser Straße) - wird nach Maßgabe des

Amtsberichtes der MA XI vom 5. Juni 1987 und entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand dazu das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Dagegen ist niemand, der Antrag ist so beschlossen.

VICEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

In Entsprechung dieses Flächenwidmungsplanes wird auch der Bebauungsplan Nr. 46 Ennser Straße seiner 1. Änderung unterzogen, sodaß die Baulichkeiten zumindest hinsichtlich der Fa. Zgonc schon errichtet sind und nachträglich auch im Bebauungsplan bedeckt sind.

20) Bau2-6797/86

Bebauungsplan Nr. 46 - Ennser Straße - Änderung Nr. 1.-

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Änderung Nr. 1 des Bebauungsplanes Nr. 46 "Ennser Straße" entsprechend dem Änderungsentwurf Nr. 46/1 des Stadtbauamtes vom 5. März 1987, wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA XI vom 13. August 1987 beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Ist jemand dagegen? Auch das ist nicht der Fall, der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke für die Berichte. Nächster Berichterstatter ist Kollege Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen heute 8 Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vortragen. Beim ersten Antrag geht es um:

21) ÖAG-3564/87

Stadtwerke

Neuverlegung eines Trinkwasserversorgungsstranges von der Wolfernstraße bis zur Anschlußstelle Gründbergsiedlung zur Hebung der Fließdruckverhältnisse im Siedlungsbereich.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 9. 6. 1987 werden im Zusammenhang mit der Neuverlegung eines Trinkwasserversorgungsstranges von der Wolfernstraße bis zur Anschlußstelle Gründbergsiedlung zur Hebung der Fließdruckverhältnisse im Siedlungsbereich folgende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten an die Fa. R. Brandstätter GesmbH,
Buchkirchen, zum Preise von S 1.152.460,- exkl. USt.
2. Lieferung der Rohre, Formstücke und Armaturen an
die Fa. ÖAG-Konti, Wels, zum Preise von S 201.928,- exkl. USt.
3. Rohrverlegungsarbeiten an das städtische Wasserwerk, zum Preise von S 255.000,- exkl. USt.

Die hiefür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen. Gleichzeitig wird der Heranziehung eines Betriebsmittelkredites bei der Länderbank Steyr zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsprobleme zugestimmt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht. Auch dieser Antrag ist beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Beim zweiten Antrag geht es um:

22) ÖAG-2123/87

Stadtwerke

Erdgasaufschließung im Bereich Taschlried sowie Neuverlegung einer Trinkwasserversorgungsleitung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 11. 6. 1987 werden im Zusammenhang mit der Erdgasaufschließung im Bereich Taschlried sowie der Neuverlegung einer Trinkwasserversorgungsleitung folgende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten für die Gas- und Wasserleitungsverlegung an die Fa. Dipl. Ing. Adami GesmbH, Steyr, zum Preise von S 630.540,- exkl. USt.

2. Lieferung der PVC-Rohre mit Armaturen und Formstücken für den Trinkwasserversorgungsstrang an die Fa. ÖAG-Konti, Wels, zum Preise von S 49.924,90 exkl. USt.

3. Rohrverlegung Erdgasversorgungsstrang an das städtische Gaswerk zum Preise von S 63.500,- exkl. USt.

4) Rohrverlegung Trinkwasserversorgungsstrang an das städtische Wasserwerk zum Preise von S 26.500,- exkl. USt.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wird dazu das Wort gewünscht? Kollege Klausberger bitte.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Kommunale Verwaltung unterliegt manchmal der Kritik, unübersichtlich, unüberschaubar oder bürokratisch zu sein. Im Falle der Tabor-Taschlried-Wasserleitung ist das ganz bestimmt nicht der Fall. Auf dem Tabor wurde sehr positiv vermerkt, daß die Gemeinde Steyr, insbesondere die Stadtwerke, in diesem Fall sehr unbürokratisch modern und kostengünstig vorgegangen sind, daß man im Zuge der Verlegung einer Erdgasleitung gleichzeitig auch die alten korrosionsgefährdeten Wasserleitungsrohre entfernt hat. Ich möchte in diesem Zusammenhang den Dank aussprechen den Stadtwerken und den anwesenden Beamten, Ing. OAR Ing. Wein, OAR Riedler und dem zuständigen Stadtrat Steinmaßl, daß hier so unbürokratisch vorgegangen wurde und daß auf diese Weise wieder einmal bestätigt wird, daß unsere Gemeinde eine moderne und kostengünstige Verwaltung durchführt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diese Danksagung. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Ich kann mich dem Dank des Herrn Bürgermeisters nur vollinhaltlich anschließen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer ist dafür? Ist jemand dagegen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Einem seit langer Zeit berechtigten Wunsch der Steyrer Bevölkerung, besonders der Bewohner in der unmittelbaren Nachbarschaft des Krematoriums, entgegen zu kommen, nämlich die Rauchentwicklung und den Schadstoffausstoß zu beseitigen, und damit auch die Wohnqualität erheblich zu verbessern, dient mein nächster Antrag des Stadtsenates.

23) ÖAG-3750/87

Stadtwerke

Neubau einer BBC-Elektro-Kremationsanlage im
Krematorium Steyr und deren Finanzierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 8. 7. 1987 wird der Auftrag zum Neueinbau einer BBC-Kremationsanlage im Krematorium Steyr an die Fa. BBC, Schweiz, zum Preise von S 4,604.400,- inkl. MWSt. übertragen. Gleichzeitig wird dem Abschluß eines Darlehensvertrages auf Basis der im Amtsbericht geschilderten Konditionen mit dem Wiener Verein in der Höhe von S 6,000.000,- zugestimmt.

Wegen Dringlichkeit gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um den Neubau einer BBC-Elektro-Kremationsanlage im Krematorium Steyr, und zwar um die Baumeisterarbeiten. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

24) ÖAG-3750/87

Stadtwerke

Neubau einer BBC-Elektro-Kremationsanlage im
Krematorium Steyr; Baumeisterarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 24. 8. 1987 wird der Auftrag zur Durchführung der im Zusammenhang mit dem Neubau einer BBC-Kremationsanlage im Krematorium Steyr notwendigen Baumeisterleistungen an die Fa. Mayr-Bau, Steyr, zum Preise von S 1,136.525,- inkl. USt. übertragen. Die hierfür erforderlichen Mittel werden aus dem beim Wiener Verein aufzunehmenden Darlehen in der Höhe von S 6,000.000,- für den Umbau bzw. Neubau eines Kremationsofens im Krematorium Steyr erbracht.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wird dazu das Wort gewünscht? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Die Danksagung, die ich jetzt hier anbringe, betrifft alle Taboranträge, weil sie durchaus im Sinne der Taborbevölkerung sind. Das kann man wirklich nicht bei jedem Antrag sagen und er bezieht sich wirklich auf die Durchführung des Vorbeschlusses. Wenn man sagt, man vergibt den Auftrag an die Brown Boveri, dann ist es auch richtig, wenn man Dank sagt für die Durchführung und Vergabe an eine Baufirma für die notwendigen Arbeiten. So weit, so gut. Undank möchte ich aber sagen über die Vorgangsweise, die zumindest laut Aktenvorgang hier gewählt wurde, und zwar ausdrücklich Undank. Ich finde das noch als die harmloseste Bezeichnung und wenn ich nicht so anerkannt friedlich wäre, so würde ich ganz andere Ausdrücke finden. Man hat nämlich hier versucht, ein Unternehmen eindeutig zu bevorzugen, und zwar in einem Ausmaß, das einen glatten, gestrichenen Wettbewerb jedenfalls haargenau dimetral entgegenläuft. Nachlässe in solchen Höhen zu gewähren, wie es laut Amtsbericht beabsichtigt gewesen wäre, wäre ein Skandal gewesen. Jetzt kommt aber dennoch eine Danksagung, die Danksagung an den Herrn Bürgermeister und an die Magistratsverwaltung, daß sie diesen Vorgang noch rechtzeitig saniert haben, so daß jetzt nicht eine flammende Rede gegen den Vergabevorgang erfolgt, sondern ein Kompliment an den Herrn Bürgermeister, der hier spontan entschieden hat im Stadtsenat. Es erfolgt die bitte an die Magistratsdirektion, daß sie ihm Wege der Dienstaufsicht solche Vorgänge in Hinkunft hintanhalten sollte, damit nicht irgendwann wirklich einmal eine böse Rede daraus werden müßte.

Zum Projekt selbst, hoffentlich wird es sehr schnell fertiggestellt, damit erstens die jetzt Mehrkosten und zweitens die Lärmbelästigung der dortigen Wohnbevölkerung vermieden werden.

Die Zustimmung zum Antrag wird erklärt, aber die Mißbilligung über die Vorgangsweise bitte ich, in aller Form zur Kenntnis zu nehmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wünscht der Beirichterstatter ein Schlußwort?

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Ich habe an sich den Ausführungen unseres Herrn Vizebürgermeisters nicht viel hinzuzufügen. Bezüglich der Fertigstellung möchte ich sagen, daß laut Planung diese Anlage Mitte, Ende Jänner in Betrieb gehen soll.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Beim nächsten Antrag handelt es sich um die Nebenkanäle Schlüsselhofsiedlung. Der Antrag des Stadtsenates hat folgenden Wortlaut:

25) ÖAG-4223/87

Stadtwerke

Errichtung der Nebenkanäle Schlüsselhofsiedlung;

Neuverlegung von Trink- und Gasversorgungsleitungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 6. 7. 1987 werden im Zusammenhang mit der Neuverlegung von Trinkwasser- und Gasversorgungsleitungen in der Schlüsselhofsiedlung folgende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten für die Gas- und Wasserleitungsverlegung:
an die Fa. Mayr-Bau GesmbH, Steyr, zum Preise von S 299.660,- exkl. USt.
 2. Ankauf von Eterplast- und PVC-Rohren mit Armaturen
und Formstücken für den Trinkwasserversorgungsstrang:
an die Fa. ÖAG-Konti, Wels, zum Preise von S 61.841,- exkl. USt.
 3. Rohrverlegungsarbeiten Wasserversorgungsstrang:
an das städtische Wasserwerk zum Preise von S 48.000,- exkl. USt.
 4. Rohrverlegungsarbeiten Erdgasversorgungsstrang:
an das städtische Gaswerk zum Preise von S 61.000,- exkl. USt.
- Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch dazu sehe ich keine Wortmeldung. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall, es liegt Einstimmigkeit vor.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein nächster Antrag lautet:

26) ÖAG-4481/87

Stadtwerke

Austausch des Trinkwasserversorgungsstranges Fischergasse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 14. Juli 1987 werden im Zusammenhang mit dem Austausch des Trinkwasserversorgungsstranges Fischergasse nachstehende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten an die Fa. Beer & Janischofsky, Steyr,
zum Preis von S 611.885,- exkl. USt.
2. Ankauf der Polyäthylenrohre mit Armaturen und Form-
stücken an die Fa. ÖAG Konti, Wels, zum Preis von S 48.380,- exkl. USt.
3. Rohrverlegung an das städtische Wasserwerk zum
Preis von ca. S 72.000,- exkl. USt.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ?

Wortmeldungen? Keine. Wer ist für den Antrag? Ist jemand dagegen? Gibt es eine Stimmenthaltung? Beides nicht, daher angenommen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Beim nächsten Antrag geht es um die Niederdruckgasleitung in der Hanuschstraße. Der Antrag lautet:

27) ÖAG-4938/87

Stadtwerke

Niederdruckgasleitung Hanuschstraße; Neuverlegung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 3. 8. 1987 werden im Zusammenhang mit der Neuverlegung der Niederdruckgasleitung Hanuschstraße folgende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten an die Fa. Ing. R. Prameshuber, Steyr,
zum Preise von S 462.342,- exkl. USt.

2. Rohrverlegungsarbeiten an das städtische Gaswerk
zum Preise von

S 69.000,- exkl. USt.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf eines sagen, ohne für eine Firma Reklame zu machen. Laut Umfrage bei den dort betroffenen Wohnungsmietern oder Besuchern des Zentralaltersheimes, die mit Pkws kommen, das wurde mir so gesagt, daß die Firma Prameshuber die Arbeiten derart gut und präzise vornimmt, so daß weder Störungen oder sonst welche Unzukömmlichkeiten auftreten. Ich möchte in diesem Sinne der Firma Prameshuber von diesem Standort aus ein herzliches Dankeschön dafür sagen, daß sie diese Arbeiten eben so gewissenhaft durchführt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Der letzte Antrag betrifft:

28) ÖAG-5330/87

Stadtwerke

Verlegung einer Trinkwasserversorgungsleitung für den Anschluß der Druckzone Dachsbergweg an das öffentliche Trinkwasserversorgungsnetz Steyr - Vergabe der Leistungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 26. 8. 1987 werden im Zusammenhang mit der Verlegung einer Trinkwasserversorgungsleitung für den Anschluß der Druckzone Dachsbergweg an das öffentliche Trinkwasserversorgungsnetz Steyr folgende Aufträge vergeben:

1. Erd- und Bauarbeiten an die Fa. R. Brandstätter GesmbH,

Buchkirchen, zum Preise von

S 1.496.300,- exkl. USt.

2. Lieferung der Rohre, Formstücke und Armaturen (Kunststoffrohre) an die

Fa. ÖAG-Konti, Wels, zum Preise von

S 229.597,60 exkl. USt.

3. Rohr- und Formstücklieferung (Sphärogußrohre) an die Fa.

VÖEST Alpine Rohstoffhandels-GesmbH, Salzburg, zum Preise von

S 196.158,- exkl. USt.

4. Rohrverlegung an das städtische Wasserwerk zum Preise von

S 250.000,- exkl. USt.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte auch hier um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Hochrathen bitte.

GEMEINDERAT KARL HOCHRATHER:

Es vergeht kaum eine Sitzung, geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, in der nicht ein oder mehrere Anträge zur Beschlußfassung vorliegen, bei denen es um den Ausbau oder die Erneuerung des Trinkwasserversorgungsnetzes geht. Heute ist das bereits der fünfte Antrag. Auch sind es bereits ganz beträchtliche Summen, die bisher unter diesem Titel aufgewendet wurden. Dieser

Aufwand ist aber sinnvoll und kann nur begrüßt werden. Jeder Bürger unserer Stadt hat ein Anrecht auf die Versorgung mit dem lebensnotwendigen Trinkwasser. Was ich in meinem Beitrag zu diesem Tagesordnungspunkt heute ansprechen will, ist die Sorge, was passieren wird, wenn die Stadt einmal nicht in der Lage sein sollte, dieser Vorsorgepflicht nachzukommen. Steyr ist derzeit zur Gänze von der Ertragskraft der zwei Brunnenfelder, nämlich Dietach und der Brunnenanlage Tinsting, abhängig. Mir erscheinen diese zwei Standbeine für unsere Trinkwasserversorgung einfach zu wenig. Man hat in der letzten Zeit so viel von Umweltskandalen, von Luft- und Wasserverschmutzungen gehört, so daß der Ausfall eines dieser Brunnenfelder bereits die volle Versorgung Steyrs mit einwandfreiem Trinkwasser in Frage stellen würde. Da nützen auch die besten Versorgungsleitungen nichts, wenn wir das Wasser nicht liefern können. Auch darf nicht verschwiegen werden, daß die Brunnenanlage Dietach unterhalb oder nach der Stadt liegt und wir doch in Steyr einige Industriebetriebe haben, bei denen umweltschädliche und giftige Abfallstoffe anfallen. Mehrere Ölverschmutzungen auf der Enns unterhalb von Steyr haben uns z. B. in den letzten Jahren gezeigt, daß halt doch auch Fehler bei der Entsorgung auftreten können. Gott sei Dank ist bisher noch nie der Fall eingetreten, daß dadurch das Grundwasser verseucht wurde. Meine Auffassung ist aber, daß wir nicht erst auf das Eintreffen eines derartigen Falles von Grundwasserverseuchung und den damit verbundenen Ausfall einer Brunnenanlage warten sollen, sondern daß wir bereits jetzt Maßnahmen gegen einen eventuellen Zusammenbruch der Trinkwasserversorgung treffen müssen.

Die Meinung der ÖVP-Fraktion ist daher, daß die Erschließung zusätzlicher Brunnenfelder zur Gewährleistung der Trinkwasserversorgung unserer Stadt unbedingt erforderlich ist. Diese Brunnenfelder sollten auch vor oder oberhalb der Stadt liegen, da dort die Gefahr einer Grundwasserbeeinträchtigung doch bedeutend geringer ist.

Bedenklich stimmt mich daher, wenn ich mir die Budgetvoranschläge für die letzten Jahre, nämlich 85/86 und 1987 anschau und dort im aoH unter der Ansatzpost Erschließung neuer Brunnenfelder jedesmal S 0,- ausgewiesen finde. Ich will daher im vollen Bewußtsein der prekären finanziellen Lage der Stadt bereits heute an die Verantwortlichen der Stadt die Forderung richten, im kommenden Budget doch wieder Mittel für die Erschließung neuer Brunnenfelder vorzusehen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich bitte Kollegen Steinmaßl um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Ich kann Dir, lieber Freund, nur eines sagen, daß wir anlässlich der Budgetverhandlungen für das kommende Budget einen Betrag von S 3,5 Millionen bereits präliminiert haben für eine eventuelle Beteiligung eines Großwasserversorgungsbetriebes oder wie man das nennen will, die im Raum Molln über das Land angestrebt wird. Was ich allerdings dazusagen möchte, es ist klar, wenn heute jemand ein Attentat auf eine solche Wasserversorgung machen will, so ist das sicher kein Problem, aber das können wir nicht ändern. Außerdem bin ich kein Geologe, daß ich jetzt ad hoc sagen könnte, wir haben dort im näheren Bereich unserer Stadt die Möglichkeit, neue Brunnen zu erschließen.

Ich glaube, daß ich damit Dir mehr oder weniger Auskunft gegeben habe, daß doch vorgesorgt wird, daß die Wasserversorgung auf Sicht gesehen für Steyr aufrecht erhalten werden kann.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen. Ich danke für die Berichte. Kollege Zöchling ist der nächste und letzte Bericht-erstatte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen die letzten vier Anträge vortragen und bitte Sie um deren Genehmigung.

29) GHJ2-3520/87

Firma Enerco, Steyr; Mietvertrag für die Errichtung einer Einzelraum-Temperaturregelung - VS und HS Promenade 16.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 23. 6. 1987 wird dem Abschluß eines Mietkaufvertrages mit der Fa. Enerco, Steyr, für die Errichtung einer Einzelraum-Temperaturregelung in der VS und HS Promenade 16 zum monatlichen Mietpreis von S 14.688,- inkl. MWSt., wobei der Mietzeitraum 72 Monate beträgt und mit Ende des 72. Monats die Anlage zu einem Kaufpreis von S 23.112,- inkl. MWSt. angekauft werden kann, zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen dazu? Ich sehe keine. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Mein zweiter Antrag lautet:

30) GHJ2-4181/87

Erneuerung der Zentralheizungskessel Volkshochschule Stelzhamerstraße 11.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 4. 9. 1987 wird der StS-Beschluß vom 16. 7. 1987 insofern abgeändert, als der damit erteilte Auftrag an die Fa. Kriszan, Steyr, zur Vornahme von Heizungsinstallationsarbeiten in Höhe von S 480.008,40 inkl. MWSt. um den Betrag von S 138.984,- inkl. MWSt. verringert wird. Gleichzeitig wird der Auftrag zur Lieferung der Gaskessel an die Fa. Impex, Steyr, zum Preise von S 138.984,- inkl. MWSt. übertragen. Die Freigabe der insgesamt erforderlichen Mittel erfolgte bereits mit StS-Beschluß vom 16. 7. 1987. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist so beschlossen.

Der Vergabeantrag gehört aber auch dazu.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Gleichzeitig ersuche ich, den Vergabeantrag zu beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 8. 7. 1987 sollen, wie jetzt vorgeschlagen, die Heizungsinstallationsarbeiten nicht S 480.008,40 betragen, sondern sollen um S 138.984,- verringert werden. Desgleichen bleiben aber aufrecht die Elektroinstallationsarbeiten an die Firma Mitterhuemer im Betrag von S 17.844,-- und die Kamininstandsetzungsarbeiten an die Firma Kuni, Linz, im Betrag von S 40.644,--.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich sehe auch dazu die Zustimmung des Gemeinderates, danke.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:
Der nächste Antrag betrifft:

31) Ha-1280/87

Instandhaltung von städtischen Objekten;
Genehmigung von Kreditüberschreitungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 27. 7. 1987 werden zur Durchführung von weiteren Instandhaltungsarbeiten an städtischen Objekten Kreditüberschreitungen im Ausmaß von

S 500.000,-- (fünfhunderttausend)

bei VSt 1/2110/614000.1 sowie von

S 500.000,-- (fünfhunderttausend)

bei VSt 1/2120/614000.0 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitungen hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen sehe ich keine. Wer ist dafür, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Dagegen? Einstimmig beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der letzte Antrag hat folgenden Wortlaut:

32) ÖAG-7035/86

Abverkauf eines 177 m² großen Teilstückes aus der GP. 986/25, KG. Jägerberg (öffentl. Gut) an Kurt Preßlmayr, Schroffgasse 13, 4400 Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes wird dem Verkauf eines 177 m² großen Teilstückes aus der Grundparzelle 986/25, KG. Jägerberg, an Herrn Kurt Preßlmayr, Schroffgasse 12, zum Preis von S 150,-/m² zugestimmt. Zu diesem Zwecke ist der Kaufgegenstand aus dem Verzeichnis des öffentlichen Gutes KG Jägerberg auszuscheiden. Der gesamte Kaufpreis ist bei Vertragsunterfertigung zu bezahlen. Die im Zusammenhang mit diesem Rechtsgeschäft auflaufenden Kosten, insbesondere die Vermessungskosten, die Eintragungsgebühr sowie die Grunderwerbsteuer, hat der Käufer zu tragen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Dagegen? Stimmenthaltungen?

Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke für die Berichte. Wir sind damit an Ende der Tagesordnung angelangt. Wir kommen damit zur Aktuellen Stunde und ich frage die sozialistische Fraktion, ob ein Beitrag gewünscht wird? Kein Beitrag. Kollege Holub seitens der ÖVP?

VICEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Seitens der ÖVP kein Beitrag.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Kollege Tremml? Bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte sagen, mit hinterhältiger Methode wurde im Wohngebiet Steinfeld/Kegelpriel ein Schlachthaus errichtet. Die anberaumte mündliche Verhandlung der Bezirksverwaltung des Magistrates Steyr am 7. 7. 1987 mit der scheinheiligen Bezeichnung "Abänderung der Betriebsanlage der Fleischhauerei Amon" wurde nicht in sämtlichen Miethäusern durch Anschlag bekanntgegeben. Daher hatte der Großteil der dortigen Wohnbevölkerung keine Ahnung, daß nun nach Jahren ihres erfolgreichen Protestes gegen die Errichtung eines Schlachthauses hinter dem Rücken dieses Projekt verhandelt und errichtet werden soll. Nach Bekanntwerden habe ich im Namen der GWG-Mieter beim Magistrat Steyr, Bezirksverwaltung, bei OAR Gergelyfi gegen die Errichtung eines Schlachthauses der Fleischhauerei Amon mitten im Wohnviertel protestiert, da durch die Errichtung dieses Schlachthauses eine Umweltbelastung, eine Lärm- und Geruchbelästigung für die Bevölkerung der angrenzenden Wohnobjekte der GWG der Stadt Steyr, für das Pensionistenhaus sowie für die Wohnbauten der LAWOG bedeutet.

Daher erhob ich Einspruch gegen die Erteilung der bau- und gewerbebehördlichen Bewilligung durch den Magistrat Steyr. Außerdem steht die Errichtung eines Schlachthauses im eklatanten Widerspruch zum Teilbebauungsplan Kegelpriel, da dieses Gebiet ausdrücklich von der Gemeinde für Wohnzwecke vorgesehen ist.

Wenige Tage danach, am 14. Juli 1987, wurde mir von amtlicher Seite des Magistrates mitgeteilt, daß das laufende gewerbebehördliche Verfahren der Fleischhauerei Amon eingestellt wurde und kein Schlachthof errichtet wird. Diese Mitteilung wurde selbstverständlich unverzüglich den betroffenen Mietern von mir mitgeteilt. Jedoch siehe da, am 30. Juli d. J. während meines Urlaubes erging dann ein Bewilligungsbescheid für die Errichtung und Betreibung des Schlachthofes Amon. Ich protestiere heute in aller Öffentlichkeit noch einmal im Namen der GWG-Mieter gegen die hinterhältige Errichtung des Schlachthofes und beantrage den Bescheid des Magistrates wegen mangelnden Verfahrens zu beheben.

Vom Gemeinderat, besonders von der SPÖ-Mehrheit, verlange ich im Auftrag der betroffenen Mieter des Wohngebietes die Rücknahme der bereits erteilten Bau- und Betriebsgenehmigung. Ich möchte auch informieren, daß sich ein ziemlich großer Teil der Mieter dieses Wohngebietes mittels eines Schreibens am 15. 9. an den Gemeinderat der Stadt Steyr gewandt hat, wo es unter anderem heißt: "Wir Unterfertigten protestieren gegen die Errichtung und Betreibung des Schlachthofes Amon in unserem Wohngebiet Steinfeldstraße - Sierninger Straße - Kegelprielstraße und verlangen die Rücknahme der bereits erteilten Bau- und Betriebsgenehmigung."

Meine Damen und Herren, diese Resolution der Wohnbevölkerung ist so, daß, wenn man den Gemeinderat informiert, dem Magistrat auch S 250,- entrichten muß, um diese Eingabe tätigen zu können. Ich möchte gerne wissen, wie weit hier die Stadtgemeinde und auch die Rathausmehrheit bereit ist, Maßnahmen zu setzen, damit diese Entscheidung rückgeführt wird. Dazu möchte ich auch erinnern, und zwar für jene Gemeinderäte, die diesen Vorgang Amon nicht kennen, daß bereits bei der Errichtung des Fleischverarbeitungsbetriebes im Jahre 1975 Proteste von über 220 Bewohnern dieses Wohngebietes erfolgten. Im Rahmen der Bürgerinitiative habe ich damals bereits in aller Öffentlichkeit in einem Flugblatt erklärt, man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß das Ziel in Etappen, in einer Art Salamtaktik, erreicht werden soll. Zuerst mit diesem Garagenbau, dann mit diesem Fleischverarbeitungsbetrieb und schließlich ein Schlachthof. Daraufhin wurde vom Magistrat Steyr am 18.8. 1975 darüber ein Amtsbericht verfaßt und auch den Gemeinderäten mitgeteilt, in dem es wörtlich heißt: "Vom Bestreben, schrittweise einen Schlachthof zu errichten, kann nicht die Rede sein und entspricht nicht dem Inhalt usw. und der Wahrheit dieses KPÖ-Flugblattes."

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es ist eine Tatsache, daß in diesem Wohngebiet in dieser berühmten Salamtaktik ein Schlachthaus von der Mehrheit des Gemeinderates bewilligt wurde. Ich möchte auch erinnern, der damalige Bürgermeister erklärte am 26. August 1975 dem vorsprechenden Komitee, der Bürgerinitiative Steinfeld in meiner Gegenwart und zur Beweisführung auch

in Gegenwart des ehemaligen Magistratsdirektors Dr. Eder und des damaligen Bau-rechtsreferenten Dr. Franz Knapp, daß er nie die Zustimmung für ein Schlacht-haus im Wohngebiet Steinfeld Kegelprriel geben wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich möchte zur formellen Abwicklung sagen, Kollege Tremel hat hier einen Antrag gestellt, das ist in der Aktuellen Stunde nicht möglich. Wir nehmen seine Äu-ßerung zunächst einmal zur Kenntnis und ich darf Kollegen Wippersberger ersu-chen, zu diesem Thema Stellung zu nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren, ich glaube, ich kann mich kurz fassen. Die Sache wird sicher nochmals überprüft werden. Ich darf erstens feststellen, die Errichtung eines Fleischereibetriebes in dieser Gegend war schon ein Wunsch der Bevölkerung, weil es weit und breit keinen Fleischhauer mehr gibt. Ein Fleischer ist ein Teil der Nahversorgung, die man braucht. Ich weiß nur, daß die Firma Amon, die derzeit ihren Schlachthof beim Konsum im Wehrgraben hat, diesen schließen muß, denn da gibt es verschiedene Unzukömmlichkeiten und das ist die Ursache, daß er dort ausziehen muß. Ich weiß, daß ein Ansuchen von der Firma Amon läuft, und zwar von seinem Gebäude in Richtung Fa. Weinbergmair einen kleinen Schlacht-hof zu errichten. Es sollen dort, so weiß ich zumindest, ein oder zweimal Tiere geschlachtet werden. Ich habe mich erkundigt und zwar heuer im August bei der MA I, wie die Sache läuft, und da hat man mir erklärt, daß die Verhandlungen auf Beamtenebene alle abgeführt wurden und daß keine Einwände von den unmittelba-ren Anrainern und von den Betroffenen gemacht wurden. Wenn jetzt nachträglich eine Unterschriftenliste kommt und sich das so darstellt, ich muß aber annehmen, daß der Beamte des Hauses, der mir diese Auskunft gegeben hat, mich nicht belogen hat. Damals hat es geheißsen, daß die Verhandlungen ordnungsgemäß ab-geführt wurden und es keinen Grund gibt, dem die Zustimmung zu versagen. Die Sache wird aber nochmals überprüft.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich darf versichern, daß ...

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Stimmt das, daß das noch einmal überprüft wird, dann bin ich damit einverstanden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gut, das wird geschehen.

Seitens der ÖVP dazu? Keine Stellungnahme. FPÖ zu diesem Thema? Nichts. Hat die freiheitliche Partei eine Wortmeldung zur Aktuellen Stunde?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wir haben zur Aktuellen Stunde kein eigenes Thema.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich darf der Ordnung halber wie immer mitteilen, daß der Gemeinderat heute Be-schlüsse zur Kenntnis genommen hat im Gesamtausmaß von 3,288.600 Schilling und in den Verhandlungsgegenständen Beschlüsse im Ausmaß von 41,697.800 Schilling gefaßt wurden.

Ich danke für die Mitarbeit und schließe die Sitzung.

Ende der Sitzung: 16.45 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Walter Radmoser e. h.

Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Anton Vorhauer e. h.

Wilhelm Spöck e. h.